



Just Now

*a toolbox
for teaching
human rights*

Internationales Strafrecht

JustNow Zeitstrahl-Kartenset

Das Projekt "JustNow - A Toolbox for Teaching Human Rights" konzentriert sich auf die Entwicklung von methodisch-didaktischen Materialien zur Menschenrechtserziehung, kombiniert mit Simulationsspielen und Diversity Learning in der nicht-formalen und formalen Jugendbildungsarbeit.

Dieses Karten-Set konzentriert sich auf die Entwicklung des internationalen Strafrechts und insbesondere des Internationalen Strafgerichtshofs und deckt wichtige Meilensteine, Rechtsfälle, Rechtsvorschriften und in diesem Bereich tätige Organisationen ab. Die Karten können im Geschichts- oder Staatsbürgerkundeunterricht oder in anderen nicht-formalen Bildungsbereichen eingesetzt werden. Es wird empfohlen, die Karten mit lokalen Beispielen zu ergänzen.

Die Karten wurden unter Verwendung von Bildern und Informationen erstellt, die im Internet recherchiert wurden, wobei die Quellen auf der Rückseite der Karten angegeben sind. Die Karten sind ausschließlich für nichtkommerzielle Bildungszwecke und den Einsatz in Klassenzimmern oder nicht-formalen Bildungseinrichtungen gedacht.

Erstellt von: JustNow Projektteam

Der Inhalt dieser Materialien gibt nicht die offizielle Meinung der Europäischen Union wieder. Die Verantwortung für die Informationen und Ansichten, die in den Materialien zum Ausdruck gebracht werden, liegt allein bei dem/den Autor(en).



Kreisau-Initiative



krzyżowa
kreisau



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union

International Criminal Law

Categories Overview

**Wichtige Begriffe und
Konzepte**

Definitionen von Schlüsselbegriffen aus dem Bereich des internationalen Strafrechts

**Wichtige Fakten &
Ereignisse ICC**

Wichtige Entwicklungen in der Geschichte des Internationalen Strafgerichtshofs

**Fragen, Herausforderungen
und Probleme**

Herausforderungen bei der Entwicklung des Internationalen Strafgerichtshofs

**Bemerkenswerte Fälle und
Ermittlungen**

Ermittlungen und strafrechtlich verfolgte Fälle beim ICC

**Entwicklung des
internationalen Strafrechts**

Wichtige Entwicklungen in der Geschichte des internationalen Strafrechts

Kultur

Filme und Bücher zu Themen des internationalen Strafrechts

**Bemerkenswerte
Organisationen**

Namhafte Organisationen, die sich für das internationale Strafrecht und den IStGH einsetzen

Overview of all the 'International Criminal Law' cards

Key Terms & Concepts	Key ICC Facts and Events	Issues / Challenges / Problems	Notable Cases & Investigations	Evolution of International Criminal Law	Notable Organizations	Culture
International Criminal Law	draft statute for ICC	American Service-Members' Protection Act (2002)	Germain Katanga and Mathieu Ngudjolo Chui	Gustav Moynier	Coalition for the International Criminal Court	Zero Impunity
Genocide	Rome Conference	US withdraws the signature	Thomas Lubanga	Treaty of Versailles	Justice Rapid Response	The Reckoning: The Battle for the International Criminal Court
Crimes against humanity	Rome Statute	"Anti-African court" criticism	Ahmad al-Faqi al-Mahdi	Nuremberg and Tokyo tribunals	International Committee of the Red Cross	The ICC Witness Project
Crimes of aggression	permanent place (Hague)	Burundi withdrawal	Dominic Ongwen	Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide	Human Rights Watch	Cassese's International Criminal Law
War crimes	ICC Trust Fund for Victims	Rodrigo Duterte and the Philippines withdrawal	Jean-Pierre Bemba	the Geneva Conventions	Amnesty International	Beasts of No Nation
Impunity *individual criminal responsibility	ICC process	Trump imposing sanctions on president of ICC	Laurent Gbagbo and Charles Blé Goudé	International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia	Forgotten Children of War BiH	Samantha Power Problem from Hell
Rome Statute	judges	Israel/Palestine	Libya	International Criminal Tribunal for Rwanda	Stop Ecocide International	In Flow of Words
Jurisdiction	punishments at ICC	Lethal Autonomous Weapons (LAWs)	Georgia	Inter-American Court and Commission	EUROJUST	Hotel Rwanda
Complementarity	absence of enforcement mechanism	Praljak suicide	Ukraine investigations	Hague conventions	International Nuremberg Principles Academy	Shake Hands With the Devil
Joint Criminal Enterprise	detention and serving the sentence	Bashar al-Assad and Syria	Joseph Kony	Peter von Hagenbach trial and execution	TRIAL International	Madame Prosecutor

Criminal Law

COURT HEARING

led to notif
to the Sheriff of
t No

Internationales Strafrecht

Das internationale Strafrecht (ICL) kodifiziert einen Rechtskorpus, der internationale Verbrechen wie Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das Verbrechen der Aggression sowie die Verfahren vor internationalen Gerichten und Tribunalen definiert. Diese Verbrechen finden häufig im Rahmen von Konflikten statt und stehen daher in direktem Zusammenhang mit humanitären Krisen. Im Gegensatz zu einem Großteil des Völkerrechts konzentriert sich das Völkerstrafrecht nicht auf das Verhalten von Staaten, sondern legt die strafrechtliche Verantwortung des Einzelnen fest. Eine der wichtigsten Quellen des Völkerrechts ist das Römische Statut zur Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH).



ПОСМЕРНИК
НЕ СМЕРТА
ОМЕ КОЈИ НЕ
АЛЛАХОВА
ПРИЈАТОК
НЕ СМЕРТА
ОМЕ КОЈИ НЕ
АЛЛАХОВА
ПРИЈАТОК

DEJANOVIC
GABRIEL
RODICA
1902-1970
MIRKE

ПОСМЕРНИК
НЕ СМЕРТА
ОМЕ КОЈИ НЕ
АЛЛАХОВА
ПРИЈАТОК
НЕ СМЕРТА
ОМЕ КОЈИ НЕ
АЛЛАХОВА
ПРИЈАТОК

COMAR
MILAN
1902-1970
MIRKE

ПОСМЕРНИК
НЕ СМЕРТА
ОМЕ КОЈИ НЕ
АЛЛАХОВА
ПРИЈАТОК
НЕ СМЕРТА
ОМЕ КОЈИ НЕ
АЛЛАХОВА
ПРИЈАТОК

FRANJIC
GABRIEL
RODICA
1902-1970
MIRKE

Image: Jelle Visser (2017), www.flickr.com/photos/126202631@N03/36385710985

Text: www.history.com/topics/holocaust/what-is-genocide and www.ijmonitor.org/glossary-of-legal-terms/

Genozid

In der Völkermordkonvention von 1948 wird Völkermord als Verbrechen im Sinne des Völkerstrafrechts bezeichnet, und die Vertragsstaaten der Konvention sind verpflichtet, Völkermord zu verhindern und zu bestrafen. Die Konvention definiert Völkermord wie folgt: "jede der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu vernichten:

1. Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
2. schwere körperliche oder seelische Schädigung von Mitgliedern der Gruppe;
3. Vorsätzliche Zufügung von Lebensbedingungen, die auf die vollständige oder teilweise physische Zerstörung der Gruppe abzielen;
4. Verhängung von Maßnahmen, die Geburten innerhalb der Gruppe verhindern sollen;
5. gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.



Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Gemäß dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs bedeutet ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit "eine der folgenden Handlungen, wenn sie als Teil eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung und in Kenntnis des Angriffs begangen wird: Mord; Ausrottung; Versklavung; Deportation oder gewaltsame Verbringung der Bevölkerung; Freiheitsberaubung oder sonstige schwere Verletzung der körperlichen Freiheit unter Verletzung grundlegender Regeln des Völkerrechts; Folter; Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, Zwangsprostitution, Zwangsschwangerschaft, Zwangssterilisation oder jede andere Form sexueller Gewalt von vergleichbarer Schwere; Verfolgung einer identifizierbaren Gruppe oder Gemeinschaft aus politischen, rassischen, nationalen, ethnischen, kulturellen, religiösen, geschlechtlichen Gründen im Sinne des Absatzes 3 oder aus anderen Gründen, die nach dem Völkerrecht allgemein als unzulässig anerkannt sind, im Zusammenhang mit einer in diesem Absatz genannten Handlung oder einem in die Zuständigkeit des Gerichtshofs fallenden Verbrechen; gewaltsames Verschwindenlassen von Personen; das Verbrechen der Apartheid; sonstige unmenschliche Handlungen ähnlicher Art, die vorsätzlich großes Leid oder eine schwere Verletzung des Körpers oder der geistigen oder körperlichen Gesundheit verursachen."

Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssen drei Hauptelemente aufweisen:

- Das Verbrechen muss das Ergebnis eines weitverbreiteten oder systematischen Angriffs sein, nicht eines isolierten Vorfalls.
- Solche Verbrechen müssen sich gegen eine Zivilbevölkerung richten - wenn es sich um ein militärisches Ziel handelt, kann es sich nicht um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit handeln. Dennoch kann es sich um ein Kriegsverbrechen handeln.
- Der mutmaßliche Täter muss Kenntnis von dem Angriff haben.



Image: by Photoholic on Unsplash

Text: <https://crimeofaggression.info/role-of-the-icc/definition-of-the-crime-of-aggression/>

Verbrechen der Aggression

Das Verbrechen der Aggression ist in Artikel 8 des Römischen Statuts des IStGH definiert, das auf der Überprüfungs-konferenz 2010 in Kampala angenommen wurde. Im Wesentlichen sind drei Elemente erforderlich: Erstens muss der Täter ein politischer oder militärischer Führer sein, d. h. eine "Person, die tatsächlich in der Lage ist, die Kontrolle über die politischen oder militärischen Handlungen eines Staates auszuüben oder diese zu lenken". Zweitens muss der Gerichtshof beweisen, dass der Täter an der Planung, Vorbereitung, Einleitung oder Durchführung einer solchen staatlichen Angriffshandlung beteiligt war.

Drittens muss es sich bei einer solchen staatlichen Handlung um eine Angriffshandlung im Sinne der Definition der Resolution 3314 der Generalversammlung handeln, die nach Art, Schwere und Umfang eine offenkundige Verletzung der UN-Charta darstellt. Dies bedeutet, dass nur die schwersten Formen rechtswidriger Gewaltanwendung zwischen Staaten in die Zuständigkeit des Gerichtshofs fallen können. Fälle von rechtmäßiger individueller oder kollektiver Selbstverteidigung sowie vom Sicherheitsrat genehmigte Maßnahmen sind somit eindeutig ausgeschlossen.



Kriegsverbrechen

Kriege sind zwar chaotisch und brutal, aber es gibt ein internationales Recht, das versucht, die Gewalt in bewaffneten Konflikten zu regulieren. Diese Regeln sind nicht dazu gedacht, zu beurteilen, warum Konflikte ausgetragen werden, sondern sie legen die Grundregeln dafür fest, wie sich Konfliktparteien verhalten sollten und welche Handlungen während des Konflikts nicht erlaubt sind. Insbesondere zielen diese Gesetze darauf ab, "geschützte Personen" zu schützen, d. h. Personen, die nicht oder nicht mehr an dem Konflikt beteiligt sind. Zu den geschützten Personen gehören Zivilisten (Kinder und Frauen gelten als besonders gefährdet), kranke Soldaten und Kriegsgefangene.

Beim Internationalen Strafgerichtshof sind Kriegsverbrechen in Artikel 8 Absatz 2 des Römischen Statuts aufgeführt. Dazu gehören Verbrechen wie Mord, Terrorismus, sexuelle Gewalt, grausame Behandlung und Plünderung.

**END
IMPUNITY!**



Image: www.facebook.com/EndImpunity/

Text: www.nurembergacademy.org/resources/acceptance-online-platform/education-tools/glossary/ www.ijmonitor.org/glossary-of-legal-terms/

Straflosigkeit / Individuelle strafrechtliche Verantwortung

Straflosigkeit bedeutet, dass Verbrechen nicht geahndet oder bestraft werden. Regierungen mit einer schwachen Rechtsstaatlichkeit versäumen es eher, die Täter vor Gericht zu stellen, was wiederum den Opfern das Recht auf Gerechtigkeit und Wiedergutmachung verwehrt und somit nicht zur Verhinderung künftiger erneuter Rechtsverletzungen beiträgt. Dies kann bedeuten, dass es de jure oder de facto unmöglich ist, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen.

Das Konzept der individuellen strafrechtlichen Verantwortung bedeutet, dass eine Person für die Begehung von Verbrechen schuldig befunden wird, wenn sie "ein Verbrechen geplant, angestiftet, befohlen, begangen oder auf andere Weise bei der Planung, Vorbereitung oder Ausführung eines Verbrechens geholfen hat". Alle internationalen Strafgerichtshöfe haben das Konzept der individuellen strafrechtlichen Verantwortung in ihre Statuten aufgenommen. Beim IStGH heißt es in Artikel 25 des Römischen Statuts, dass eine Person für die Begehung von Straftaten verantwortlich ist, wenn sie eine Straftat begeht, befiehlt, dazu auffordert, veranlasst, unterstützt, bei der Begehung einer Straftat behilflich ist, Mittel zur Verfügung stellt oder zur Begehung der Straftat beiträgt. Darüber hinaus muss der Beschuldigte die Absicht haben, sich auf das Verhalten einzulassen, oder er muss sich der Folgen bewusst sein, die sich aus dem normalen Ablauf der Ereignisse ergeben werden.



Don. RO STELLA

R. N. Secretary General

Mariano DE VITO

Rob. L. STELLA

Antonella BILLOTTI

Image: Coalition for the ICC, July 1998: Rt. Hon. Lamberto Dini signing the Rome Statute, Flickr
<https://www.flickr.com/photos/coalitionforicc/4578298185/in/photostream/>
Text: www.icc-cpi.int/sites/default/files/RS-Eng.pdf

Statut von Rom

1998

Das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs ist der Vertrag zur Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH). Es wurde am 17. Juli 1998 auf einer diplomatischen Konferenz in Rom, Italien, angenommen und trat am 1. Juli 2002 in Kraft.

Artikel 5 Straftaten, die in die Zuständigkeit des Gerichtshofs fallen

- 1) Die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs ist auf die schwersten Verbrechen beschränkt, welche die internationale Gemeinschaft als Ganzes berühren. Die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs erstreckt sich in Übereinstimmung mit diesem Statut auf folgende Verbrechen:
 - a) das Verbrechen des Völkermords;
 - b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit;
 - c) Kriegsverbrechen;
 - d) das Verbrechen der Aggression



JURISDICTION

Image: Nick Youngson CC BY-SA 3.0 Pix4free.org

Text: www.nurembergacademy.org/resources/acceptance-online-platform/education-tools/glossary/ and www.icc-cpi.int/about/how-the-court-works

Gerichtliche Zuständigkeit

Gerichtsbarkeit bezeichnet die Befugnis oder das Recht einer juristischen oder politischen Institution, durch Auslegung und Ausübung des Rechts Recht zu sprechen, z. B. durch Verhaftung und Bestrafung von Straftätern. Sie bezieht sich auch auf die Befugnis oder das Recht einer souveränen Macht, ein bestimmtes Gebiet zu regieren und Gesetze zu erlassen, oder sie bezieht sich auf ein Gebiet, in dem eine bestimmte Rechtsordnung angewandt wird, auch bekannt als nationale Gerichtsbarkeit. Die universelle Gerichtsbarkeit setzt nicht voraus, dass der anklagende Staat mit einer bestimmten Straftat in Verbindung gebracht wird. Vielmehr können inländische Gerichte unabhängig von der Staatsangehörigkeit und dem Wohnsitz des Anklägers oder dem Ort, an dem die Straftat begangen wurde, die Strafgerichtsbarkeit über einen Angeklagten ausüben. Diese Doktrin wird in der Regel in Fällen von erga omnes, "Verbrechen gegen die Allgemeinheit", angewandt, d. h. wenn sich Verbrechen gegen die gesamte Menschheit richten, wie z. B. Piraterie, Sklaverei, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen, Völkermord und Folter.

Der Internationale Strafgerichtshof kann seine Zuständigkeit in Fällen ausüben, in denen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen am oder nach dem 1. Juli 2002 begangen wurden und:

- die Verbrechen wurden von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaates oder im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates oder in einem Staat, der die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs anerkannt hat, begangen;
- oder die Verbrechen wurden vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNSC) aufgrund einer nach Kapitel VII der UN-Charta verabschiedeten Resolution an den Ankläger des IStGH verwiesen.

International Criminal Court

Third Session of the
Assembly of States Parties

The Hague, 6-10 September 2004

ARABIC
CHINESE
ENGLISH
FRENCH
RUSSIAN
SPANISH
2. FLOOR



Komplementarität

Als Gericht der letzten Instanz tritt der Internationale Strafgerichtshof nicht an die Stelle der nationalen Gerichte und kann seine Zuständigkeit nur ausüben, wenn es keine echten nationalen Verfahren gibt. Die Zuständigkeit des Gerichtshofs wird nur dann geltend gemacht, wenn die Staaten entweder tatsächlich nicht in der Lage oder nicht willens sind, Straftaten nach dem Römischen Statut zu untersuchen oder zu verfolgen. Es gibt mindestens vier Gründe für das ergänzende System:

1. Es schützt die Angeklagten, wenn sie vor nationalen Gerichten angeklagt wurden.
2. Es respektiert die nationale Souveränität bei der Ausübung der Strafgerichtsbarkeit.
3. Es könnte eine größere Effizienz fördern, da der IStGH nicht alle Fälle von schweren Verbrechen behandeln kann.
4. Es legt den Staaten die Pflicht auf, ihrer Pflicht nach internationalem und nationalem Recht nachzukommen, mutmaßliche schwere Verbrechen zu untersuchen und zu verfolgen (d.h. es ist nicht nur eine Frage der Effizienz, sondern eine Frage von Recht, Politik und Moral).



Gemeinsames kriminelles Unternehmen

Die gemeinsame kriminelle Unternehmung (Joint Criminal Enterprise) ist eine Form der Haftung, bei der die individuelle strafrechtliche Verantwortung allen Personen zugewiesen wird, die an einem gemeinsamen Plan, einer gemeinsamen Planung oder einem gemeinsamen Zweck beteiligt waren, der auf die Begehung einer Straftat hinausläuft oder diese beinhaltet. Der Modus der gemeinsamen strafrechtlichen Verantwortung wurde von den Richtern des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien entwickelt und von allen anderen internationalen Gerichtshöfen angewandt. Der IStGH hat eine andere Form der gemeinsamen kriminellen Unternehmung eingeführt. Artikel 25 Buchstabe d des Römischen Statuts sieht vor, dass ein Angeklagter zur Begehung einer Straftat mit einem gemeinsamen Ziel beiträgt, indem er die kriminelle Aktivität fördert oder Kenntnis davon hat, dass die Gruppe eine Straftat begehen will. Der Angeklagte kann dann als Mittäter oder mittelbarer Täter schuldig gesprochen werden.

Auf dem Titelbild sind Jadranko Prlić, Bruno Stojić, Slobodan Praljak, Milivoj Petković und Valentin Ćorić - fünf der sechs Berufungskläger der Verteidigung im Fall Prlić - beim Prlić-Berufungsurteil am 29. November 2017 zu sehen.

Diese bosnisch-kroatischen politischen und militärischen Führer wurden für eine Reihe von Verbrechen gegen Bosniaken (bosnische Muslime) verurteilt, darunter Mord, Vergewaltigung, Deportation und mutwillige Zerstörung. Es wurde festgestellt, dass sie an einem gemeinsamen kriminellen Unternehmen beteiligt waren, das letztlich die Gründung einer kroatischen Einheit, Herceg-Bosna, zum Ziel hatte. Dieses Gebilde sollte entweder Teil Kroatiens werden, wenn der bosnische Staat zerfällt, oder ein unabhängiger Staat innerhalb [Bosniens] mit direkten Verbindungen zu Kroatien sein.



Fall Dominic Ongwen (Uganda)

2016 - 2022 Verfahren

Der als "Weiße Ameise" bekannte, verurteilte Kriegsverbrecher Dominic Ongwen war schätzungsweise zwischen neun und 14 Jahre alt, als er von der Lord's Resistance Army (LRA) auf dem Schulweg in Norduganda entführt wurde. In den folgenden 27 Jahren entwickelte er sich zu einem skrupellosen Rebellenkommandeur der Sinia-Brigade.

Am 8. Juli 2005 wurde gegen ihn ein Haftbefehl wegen 61 Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen erlassen, die er nach dem 1. Juli 2002 im Norden Ugandas begangen haben soll. Der Prozess begann am 6. Dezember 2016. Die Schlussplädoyers fanden vom 10. bis 12. März 2020 statt. Am 4. Februar 2021 befand die Strafkammer IX Dominic Ongwen für insgesamt 61 Verbrechen, darunter Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, die zwischen dem 1. Juli 2002 und dem 31. Dezember 2005 in Norduganda begangen wurden, für schuldig.

Am 6. Mai 2021 verurteilte die Strafkammer IX Dominic Ongwen zu einer Freiheitsstrafe von 25 Jahren. Am 15. Dezember 2022 bestätigte die Berufungskammer die Entscheidungen der Strafkammer IX über die Schuld und das Strafmaß von Dominic Ongwen.



Image: Marcos Elias de Oliveira Júnior, Public domain, on Wikimedia Commons

Text: www.coalitionfortheicc.org/cases/mathieu-ngudjolo-chui and www.icc-cpi.int/drc/katanga
www.ijmonitor.org/germain-katanga-and-mathieu-ngudjolo-chui-background/

Germain Katanga und Mathieu Ngudjolo Chui (DRC)

2009 - 2014 Verfahren

Der Prozess gegen die kongolesischen Kriegsherren Germain Katanga, mutmaßlicher Befehlshaber der Miliz Force de résistance patriotique en Ituri (FRPI), und Mathieu Ngudjolo Chui, mutmaßlicher ehemaliger Anführer der Miliz Front des nationalistes et intégrationnistes (FNI), begann am 24. November 2009. Es wurde beschlossen, die beiden Angeklagten gemeinsam vor Gericht zu stellen, da sie im Zusammenhang mit demselben Angriff auf das Dorf Bogoro in der Provinz Ituri in der Demokratischen Republik Kongo wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt sind. Der Prozess gegen Katanga und Ngudjolo war der zweite Prozess, der jemals vor dem IStGH stattfand.

Anlagepunkte: Sieben Anklagen wegen Kriegsverbrechen (Einsatz von Kindern unter fünfzehn Jahren zur aktiven Teilnahme an Feindseligkeiten, Leitung eines Angriffs auf Zivilisten, vorsätzliche Tötung, Zerstörung von Eigentum, Plünderung, sexuelle Sklaverei, Vergewaltigung) und drei Anklagen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Mord, Vergewaltigung und sexuelle Sklaverei), die von Januar bis März 2003 in Bogoro, einem Dorf in der Provinz Ituri im Osten der Demokratischen Republik Kongo, begangen worden sein sollen.

Urteil in Ngudjolo: 18. Dezember 2012; Freispruch von allen Anlagepunkten.

Katanga-Urteil: 7. März 2014; Verurteilung wegen eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit und vier Kriegsverbrechen;

Urteilsverkündung in Katanga: 23. Mai 2014; verurteilt zu 12 Jahren Gefängnis.



Image: Coalition for the ICC on Flickr (25.04.2028), First conviction and victim reparations order against Thomas Lubanga
Text: www.ijmonitor.org/category/thomas-lubanga/ www.icc-cpi.int/drc/lubanga
www.theafricareport.com/24712/drc-former-warlord-thomas-lubanga-freed-after-serving-14-year-sentence/

Thomas Lubanga (DRC)

2009 - 2014

Der Prozess gegen den kongolesischen Milizenführer Thomas Lubanga Dyilo vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) begann am 26. Januar 2009. Am 14. März 2012 verurteilten ihn die Richter wegen Kriegsverbrechen, insbesondere wegen der Rekrutierung und des Einsatzes von Kindersoldaten im Konflikt in der Region Ituri in der Demokratischen Republik Kongo (DRK). Trotz des großen Interesses an diesem ersten Prozess vor dem IStGH waren viele Menschen über den Fall verwirrt. Die Fragen reichten von der Frage, warum es so lange dauerte, bis der Prozess begann, bis hin zu der Frage, ob Lubanga hätte freigelassen werden sollen. Lubanga wurde am 14. März 2012 vom IStGH der "Kriegsverbrechen der Rekrutierung und Rekrutierung von Kindern unter 15 Jahren und ihres Einsatzes zur aktiven Teilnahme an Feindseligkeiten" für schuldig befunden. Am 10. Juli 2012 wurde er zu einer Gesamtstrafe von 14 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil und die Strafe wurden von der Berufungskammer im Dezember 2014 bestätigt. Am 19. Dezember 2015 wurde Lubanga zur Verbüßung seiner Strafe in das Makala-Gefängnis in Kinshasa verlegt. Er wurde im Jahr 2020 entlassen.

**IN SOLIDARITY
UPHOLD HUMAN RIGHTS**

©CRISIS

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Image: Richard Potts (2011), Flickr

Text: www.amnesty.org/en/

www.middleeastmonitor.com/20210518-amnesty-calls-on-icc-to-investigate-israels-targeting-of-residential-buildings-media-offices/

Amnesty International

1961

Sie ist eine weltweite Bewegung von mehr als 10 Millionen Menschen in über 150 Ländern und Gebieten, die "Ungerechtigkeit persönlich nehmen" und sich für eine Welt einsetzen, in der die Menschenrechte für alle gelten. Die Organisation ist unabhängig von politischen Ideologien, wirtschaftlichen Interessen oder Religionen und finanziert sich hauptsächlich durch Mitgliederbeiträge und öffentliche Spenden. Sie untersuchen und decken Menschenrechtsverletzungen in der ganzen Welt auf und setzen sich für die Abschaffung der Todesstrafe, den Schutz sexueller und reproduktiver Rechte, die Bekämpfung von Diskriminierung und die Verteidigung der Rechte von Flüchtlingen und Migrant*innen ein.

"Erst wenn der letzte Gefangene aus Gewissensgründen freigelassen, die letzte Folterkammer geschlossen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen für alle Menschen auf der Welt Wirklichkeit geworden ist, ist unsere Arbeit getan." Peter Benenson, Gründer von Amnesty International



John Brown Stan's baby stan account

@thejb_stan



Worth remembering, as people talk about prosecuting people for war crimes, that the US's official position is that if an American is ever tried at the international criminal court we will invade the Netherlands

8:13 PM · Feb 28, 2022 · Twitter for Android

6,652 Retweets 464 Quote Tweets 40.4K Likes



Amerikanisches Gesetz zum Schutz von Servicemitgliedern 2002

Der American Servicemembers' Protection Act, auch bekannt als The Hague Invasion Act, der 2001 in den Senat eingebracht und 2002 von US-Präsident George Bush unterzeichnet wurde, "verbietet die Zusammenarbeit der USA mit dem Internationalen Strafgerichtshof. Es legt Beschränkungen fest für: (1) die Teilnahme von betroffenen US-Personen an friedenserhaltenden und friedens erzwingenden Maßnahmen der Vereinten Nationen (UN); (2) die Weitergabe von als geheim eingestuften US-Informationen zur nationalen Sicherheit und Strafverfolgung an den Gerichtshof; und (3) die Bereitstellung von US-Militärhilfe, mit bestimmten Ausnahmen. Militärhilfe, mit bestimmten Ausnahmen, an die Regierung eines Landes, das Partei des Gerichtshofs ist ... und ermächtigt den Präsidenten, alle erforderlichen Mittel (einschließlich der Bereitstellung von Rechtshilfe) einzusetzen, um die Freilassung von betroffenen US-Personen und betroffenen verbündeten Personen zu erwirken, die vom Gerichtshof, in dessen Namen oder auf dessen Ersuchen gefangen gehalten werden."



HOTEL RWANDA

A TRUE STORY

Image: Kreisau-Initiative e. V. (2024)

Text: www.theguardian.com/film/2014/aug/07/hotel-rwanda-don-cheadle-genocide-accuracy-reel-history

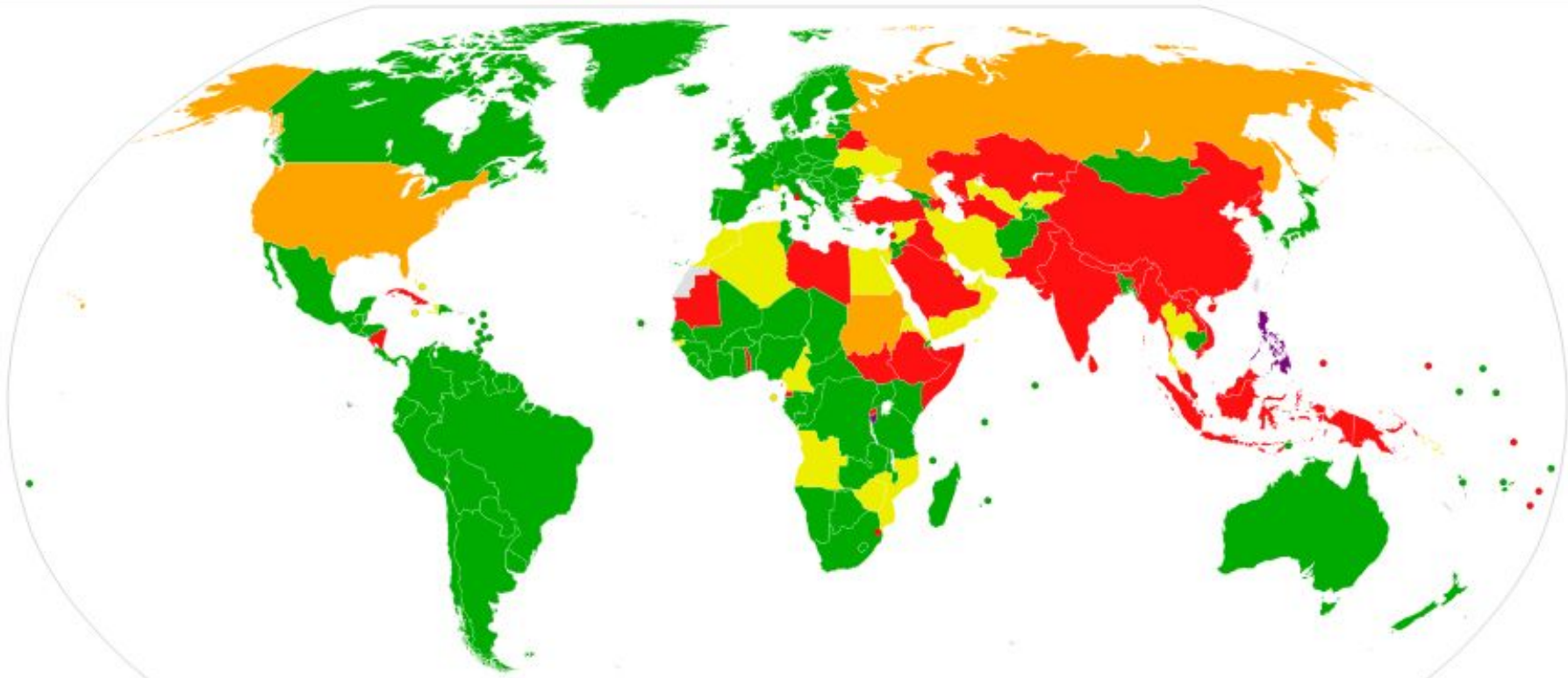
Hotel Ruanda

2004

"Der Hutu Paul Rusesabagina leitet das Hôtel des Mille Collines und führt ein glückliches Leben mit seiner Tutsi-Frau und den drei gemeinsamen Kindern. Doch als die Hutu-Militärs eine ethnische Säuberungsaktion gegen die Tutsi-Minderheit starten, ist Paul gezwungen, Flüchtlinge in seinem Hotel unterzubringen. Als die UNO sich zurückzieht, muss Paul allein kämpfen, um die Tutsi-Flüchtlinge angesichts der eskalierenden Gewalt zu schützen, die später als ruandischer Völkermord bekannt wird." (www.rottentomatoes.com/m/hotel_rwanda)

Dies ist eine kurze Zusammenfassung von Hotel Ruanda, einem Filmdrama aus dem Jahr 2004, das auf wahren Begebenheiten beruht, unter der Regie von Terry George und mit Don Cheadle in der Hauptrolle als Hotelier, der im wahren Leben mehr als 1200 Menschen rettete. Der Film öffnete der Welt die Augen für die Schrecken des Völkermordes in Ruanda 1994. Einige Überlebende behaupteten jedoch später, dass der Manager "Geld von ihnen erpresste und sie, wenn sie nicht zahlen konnten, zwang, ihre Zimmer zu räumen". Mit anderen Worten: Der Film ist eine wahre Geschichte des ruandischen "Schindlers" im Hollywood-Stil.

Im Jahr 2020 wurde Paul Rusesabagina entführt, verhaftet, des Terrorismus beschuldigt und von einem Gericht in Kigali zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Mehr Informationen unter: <https://paulr.org/>



Englisch: Eine Karte der Vertragsparteien des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs

- Parteien
- Staaten, die Vertragsparteien des Statuts waren, aber zurückgetreten sind
- Staaten, die das Statut unterzeichnet, aber nicht ratifiziert haben
- Staaten, die das Statut unterzeichnet haben, ihre Unterschrift aber später zurückziehen
- UN-Mitgliedstaaten und Beobachter, die das Statut weder unterzeichnet haben noch ihm beigetreten sind

Image: https://en.wikipedia.org/wiki/States_parties_to_the_Rome_Statute (Accessed 27/03/2024)

Text: <https://archive.globalpolicy.org/international-justice/the-international-criminal-court/us-opposition-to-the-icc.html>

US zieht die Unterschrift zurück 2002

Obwohl die US-Regierung aktiv an der Einrichtung mehrerer internationaler Strafgerichtshöfe wie dem in Nürnberg oder den Internationalen Strafgerichtshöfen für Jugoslawien und Ruanda mitgewirkt hat, hat sie sich stets gegen die Idee eines Gerichtshofs ausgesprochen, der ihre eigenen militärischen und politischen Führer einem globalen Rechtsstandard unterwerfen würde.

Im Jahr 2000 unterzeichnete die Clinton-Regierung zwar das Römische Statut, versuchte aber unmittelbar danach, die besonderen Bedingungen für die Beteiligung der USA auszuhandeln. Außerdem legte er das Dokument dem Senat nie zur Ratifizierung vor. Die Bush-Regierung hingegen hatte keinerlei Probleme damit, zunächst das ASPA ("Haager Invasionsgesetz") zu unterzeichnen und dann, am 6. Mai 2002, die Unterschrift des Landes unter den Vertrag offiziell zurückzuziehen.

Obama unternahm einige Anstrengungen, indem er "Beobachter" wurde, Trump sehr viel weniger, usw. Bis heute erkennen die USA die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs nicht an (haben aber kein Problem damit, mit ihm zusammenzuarbeiten, wenn es um Staatsangehörige anderer Länder geht).



WRITTEN AND DIRECTED BY CARY JOJI FUKUNAGA

BEASTS OF NO NATION

Image. Kreisau-Initiative e. V. (2024)

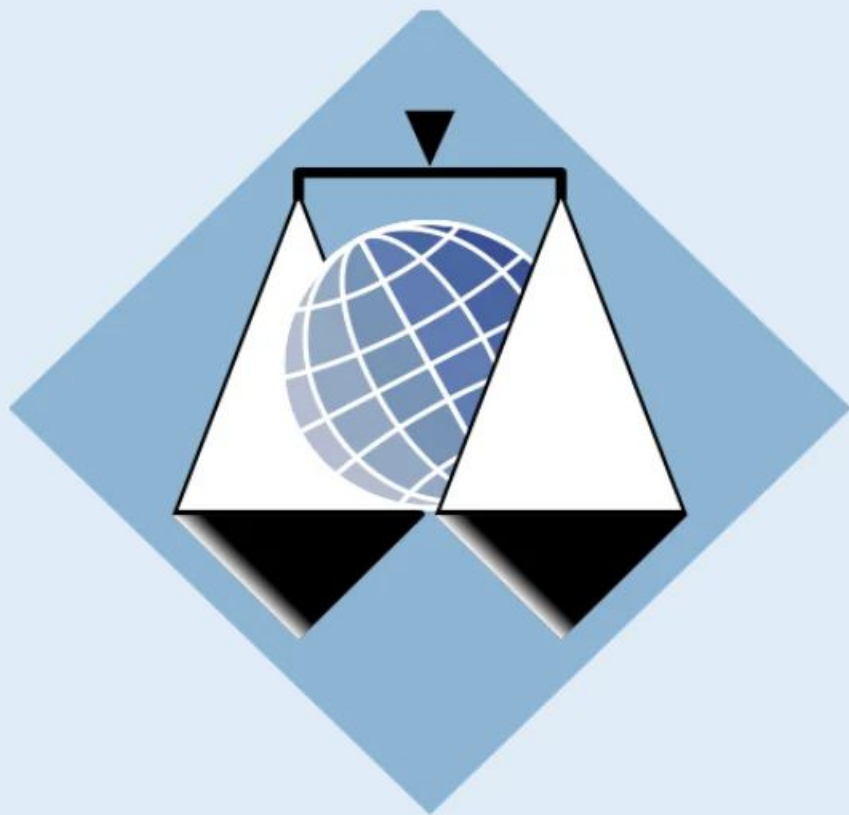
Text: <https://tvtropes.org/pmwiki/pmwiki.php/Film/BeastsOfNoNation> and <https://face2faceafrica.com/article/beasts-of-no-nation-review>

Beasts of No Nation

2015

Dieses afrikanische Bürgerkriegsdrama unter der Regie von Cary Fukunaga basiert auf dem hochgelobten Roman von Uzodinma Iweala und zeigt die Schrecken des Krieges und die Not der Kindersoldaten. In einem nicht näher benannten westafrikanischen Land wird ein kleiner Junge namens Agu Zeuge der Besetzung der kleinen Stadt, in der er und seine Familie leben. Nach der Ermordung seines Vaters, Bruders und Großvaters flieht Agu in den Dschungel, wo er von einer Gruppe von Kindersoldaten und ihrem Kommandanten gefunden wird. Agu wird in die bunt zusammengewürfelte Armee aufgenommen.

2015 wurde der Film veröffentlicht und ist der erste Originalfilm von Netflix.



ICTY: International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia

Image and text sources: <https://ngofeed.com/icty-full-form/>, www.icty.org/en/content/infographic-icty-facts-figures and <https://ijrcenter.org/international-criminal-law/icty/>

ICTY

1993 - 2017

Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) mit Sitz in Den Haag wurde 1993 durch die Resolution 827 des UN-Sicherheitsrates vom 25. Mai 1993 eingerichtet, um die individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit für Gräueltaten festzustellen, die seit 1991 auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien begangen wurden. Mehr als 4650 Zeugen wurden an mehr als 10 800 Verhandlungstagen vernommen, was zu mehr als 2,5 Millionen Seiten an Protokollen führte. Das Gericht wurde im Dezember 2017 nach 24 Jahren offiziell geschlossen. Die Zuständigkeit des ICTY erstreckte sich auf schwere Verstöße gegen die Genfer Konventionen von 1949, Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, einschließlich ethnischer Säuberungen. Das Höchststrafmaß war lebenslange Haft. Es erhob Anklage gegen 161 Personen, was zu 90 Verurteilungen, 19 Freisprüchen und 13 Überweisungen an die nationalen Gerichte führte. Bei 37 der Angeklagten wurde die Anklage zurückgezogen oder sie sind verstorben. Keine der angeklagten Personen war am Ende noch auf der Flucht vor dem Gesetz.



Vergessene Kinder des Krieges

2015

Der Verein Vergessene Kinder des Krieges (ZDR) ist eine überparteiliche, nichtstaatliche und gemeinnützige Menschenrechtsorganisation aus Bosnien und Herzegowina. Gegründet von Menschenrechtsaktivisten und "Kriegskindern", d.h. den Kindern, deren Väter Soldaten der gegnerischen/feindlichen Armee, Mitglieder von Friedenstruppen (z.B. UNPROFOR) oder Mitarbeiter ausländischer humanitärer Missionen waren. Viele dieser Kinder werden von ihren Vätern oft nicht anerkannt oder abgelehnt und in der Obhut der Mütter und/oder der Gemeinschaft, in die sie hineingeboren wurden, zurückgelassen.

Mit Hilfe von Aktivismus, Öffentlichkeitsarbeit, Forschung, Netzwerken und Kunst versucht die Vereinigung, zur Beseitigung all dieser Probleme beizutragen und die rechtliche und soziale Anerkennung und den Respekt für Kinder, die im Krieg geboren wurden, zu erreichen. Die von der Vereinigung "Vergessene Kinder des Krieges" verwendeten Mechanismen zur Schaffung positiver sozialer Veränderungen sind: Kunst, Bildungsprogramme, öffentliche Fürsprache, Forschung und Analyse, lokale, regionale und internationale Vernetzung, integrative Bewegungen, Programme zur Vergangenheitsbewältigung und Programme zur Friedensförderung.



Image: Photo by Felix Mooneeram on Unsplash
Text: <https://zeroimpunity.com/>

Zero Impunity

2019

Zero Impunity, unter der Regie von Nicolas Blies, Stéphane Hueber-Blies und Denis Lambert, ist ein künstlerischer, medienübergreifender Dokumentarfilm, der die Geschichten von Opfern sexueller Gewalt in aktuellen Kriegsgebieten erzählt.

Er ist das Ergebnis monatelanger Recherchen von zwölf investigativen Journalisten und zeigt inspirierende Opfer, Sozialarbeiter und Aktivisten auf der ganzen Welt, die den Mut hatten, sich zu engagieren, Widerstand zu leisten und zu mobilisieren. Ihre Stimmen und Geschichten stammen aus Syrien, der Ukraine, der Zentralafrikanischen Republik und den Vereinigten Staaten. In letzteren geht es beispielsweise um sexuelle Erniedrigungstechniken an Gefangenen in Gefängnissen wie Abu Ghraib und Guantanamo Bay und um die Tatsache, dass der IStGH keine Zuständigkeit für US-Bürger hat, weil die USA den Vertrag nicht unterzeichnet haben. Der Film ist Teil eines umfassenderen, laufenden Medienprojekts, das darauf abzielt, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, die derzeit straffrei ausgehen..

Image: Photo by Glen Carrie on Unsplash

text: <https://twosmallthings.com/the-channel> and

www.newyorker.com/culture/the-new-yorker-documentary/in-in-flow-of-words-war-crime-interpreters-tell-their-own-stories

In Flow of Words

2021

In Flow of Words ist ein kurzer experimenteller Film unter der Regie von Eliane Esther Bots über die Erfahrungen von drei Dolmetschern des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag und "ihre Position als Vermittler zwischen Rednern und Zuhörern, Zeugen und Angeklagten, Richtern und Anwesenden". Die Dolmetscher Alma Imamovic-Ivanov, Besmir Fidahic und Nenad Popovic Pops sind alle im ehemaligen Jugoslawien geboren und aufgewachsen und haben den Krieg in den 90er Jahren erlebt. Jahrelang bestand ihre Aufgabe darin, schockierende Zeugen-, Opfer- und Täteraussagen neutral und unsichtbar zu dolmetschen, ohne ihre eigenen Emotionen, Gefühle und persönlichen Geschichten im Gerichtssaal zuzulassen. Dieser Kurzfilm beschreibt, wie sich diese Arbeit auf ihr Privatleben auswirkte und wie sie danach mit ihren Gefühlen umgingen. Er ist weithin online verfügbar, zum Beispiel unter:

www.newyorker.com/video/watch/the-new-yorker-documentary-in-flow-of-words



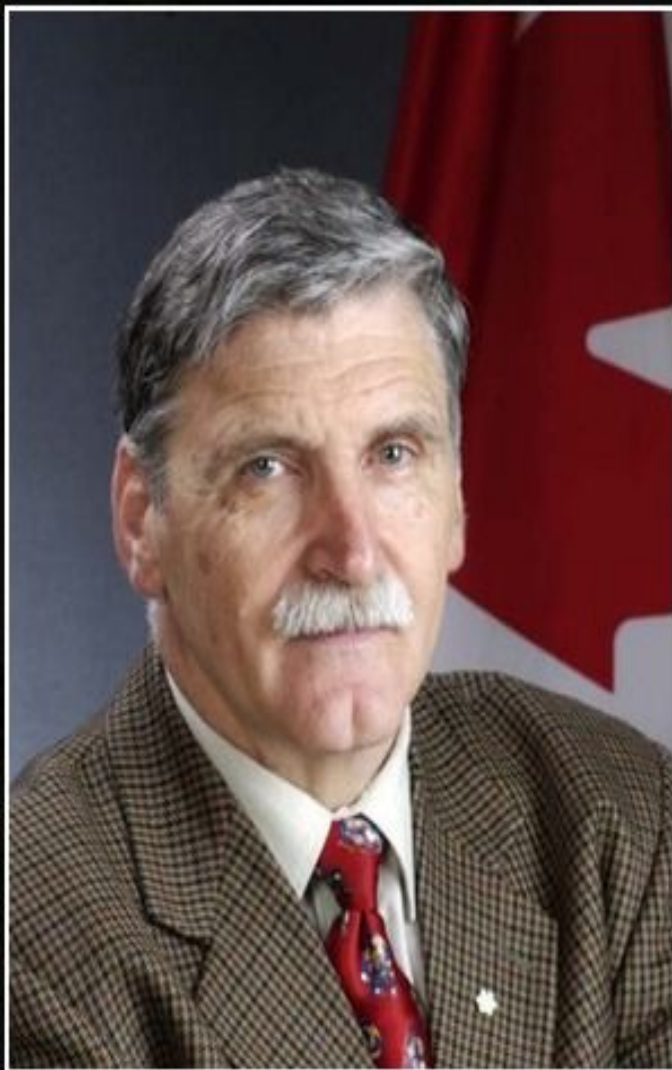
**JUSTICE
RAPID
RESPONSE**

Justice Rapid Response

2009

Justice Rapid Response ist eine gemeinnützige Organisation mit Sitz in Genf. JRR stellt Rechtsexperten zur Verfügung, die bei Untersuchungen von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Menschenrechtsverletzungen helfen. Sie verfügt über mehr als 680 Experten (mit mehr als 100 Nationalitäten) in mehr als 50 Berufskategorien, die mehr als 90 Sprachen sprechen und an mehr als 140 Missionen teilgenommen haben. Schauen Sie sich ihre offizielle Broschüre an:

www.justicerapidresponse.org/wp-content/uploads/2020/02/JRR_Leaflet_2020.pdf oder sehen Sie sich an, wie ihr ED, Andras Vamos-Goldman, die Bedeutung von Ermittlungen für den Nachweis von Massengrausamkeiten erklärt: www.youtube.com/watch?v=pxQxzrgcNRc



I know there is a God because in Rwanda I shook hands with the devil. I have seen him, I have smelled him and I have touched him. I know the devil exists and therefore I know there is a God.

— *Roméo Dallaire* —

AZ QUOTES

Image: www.azquotes.com/quote/365863

Text: www.bookdepository.com/Shake-Hands-With-Devil-Romeo-Dallaire/9780099478935

Shake Hands with the Devil

2003

"Shake Hands with the Devil: the Failure of Humanity in Rwanda" ist ein autobiografischer Bericht von General Romeo Dallaire, dem Befehlshaber der UN-Unterstützungsmission während des Völkermords in Ruanda 1994: "Als Generalleutnant Romeo Dallaire den Ruf erhielt, als Befehlshaber der UN-Mission in Ruanda zu dienen, dachte er, er würde nach Afrika gehen, um zwei Kriegsparteien dabei zu helfen, einen Frieden zu erreichen, den beide Seiten wollten. Stattdessen gerieten er und die Mitglieder seiner kleinen internationalen Truppe in einen Strudel aus Bürgerkrieg und Völkermord. Dallaire verließ Ruanda als gebrochener Mann, desillusioniert, selbstmordgefährdet und entschlossen, seine Geschichte zu erzählen."

Das Buch wurde 2007 unter der Regie von Roger Spottiswoode als gleichnamiger Film verfilmt. Sowohl das Buch als auch der Film haben zahlreiche Auszeichnungen erhalten.



Image: Vice President's Secretariat (GODL-India), GODL-India on Wikimedia Commons

Text: www.icc-cpi.int/news/icc-trial-chamber-iii-declares-jean-pierre-bemba-gombo-guilty-war-crimes-and-crimes-against-and and www.ijmonitor.org/2018/06/bemba-acquitted-of-war-crimes-at-the-icc/

Jean-Pierre Bemba

2010 - 2018

Jean-Pierre Bemba Gombo, der prominenteste Angeklagte vor dem IStGH (er war von Juli 2003 bis Dezember 2006 Vizepräsident der Demokratischen Republik Kongo), wurde 2008 in der Nähe von Brüssel festgenommen. Er war auch Präsident und Oberbefehlshaber des Mouvement de libération du Congo (MLC) und Oberbefehlshaber der Armée de Libération du Congo ("ALC").

Am 21. März 2016 erklärte die Strafkammer III des IStGH Bemba (als Befehlshaber seiner Truppen) einstimmig und ohne jeden begründeten Zweifel der zwei Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Mord und Vergewaltigung) und der drei Kriegsverbrechen (Mord, Vergewaltigung und Plünderung) für schuldig, die zwischen 2002 und 2003 in der Zentralafrikanischen Republik begangen worden sein sollen.

Die Berufungskammer des IStGH hat jedoch die Verurteilung von Jean-Pierre Bemba wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufgrund von Fehlern während des Prozesses und der "Abgehobenheit" seines Kommandos aufgehoben. Er wurde freigesprochen und kehrte 2018 in den Kongo zurück.



Darumb an dem nechstern mentag nach
des heiligen Conrads tag Im meyen Jahr
man von der gebort Cristi salt Tausent
Vier hundert Orbenig vord vier Taw Stalt man
in Besach den selben von Gactendach an ein offte

Prozess und Hinrichtung von Peter von Hagenbach 1474

Peter von Hagenbach, der Gegenstand des ersten internationalen Kriegsverbrecherprozesses der Geschichte, war Gouverneur von Breisach im Südwesten Deutschlands. Unter seinem Kommando wurde die Bevölkerung der Schreckensherrschaft unterworfen. Nach einiger Zeit revoltierten sie, nahmen ihn gefangen und stellten ihn vor Gericht.

Die Anklage gegen Hagenbach lautete auf Mord, Plünderung, Steuerhinterziehung und Vergewaltigung. Er wurde vor einem Ad-hoc-Tribunal von 28 Richtern aus verschiedenen regionalen Stadtstaaten für die Untaten angeklagt, die er zwischen 1469 und 1474 begangen haben soll. Seine Verteidigung wurde zu einem bekannten Muster für künftige Kriegsverbrecher: Erstens sei er als burgundischer Untertan für das Gericht nicht zuständig, und zweitens habe er lediglich Befehle befolgt (er habe dem Herzog von Burgund gedient und dessen elsässische Gebiete verwaltet). Der Prozess fand am 9. Mai 1474 auf dem Marktplatz von Breisach statt. Noch am selben Abend wurde er enthauptet. Angeblich sollen seine letzten Worte gewesen sein: 'Ich war nur ein Mensch. Bitte betet für mich.'



The Trust Fund for Victims

ICC-Treuhandfonds für Opfer

2004

Der von der Versammlung der Vertragsstaaten gemäß Artikel 79 des Römischen Statuts eingerichtete Treuhandfonds für die Opfer des IStGH bietet Opfern und ihren Familien Hilfe, physische, psychologische und materielle Unterstützung und Wiedergutmachung.

“Der TFV trägt dazu bei, die Rechte der Opfer und ihrer Familien durch die Bereitstellung von Wiedergutmachung und Unterstützung zu verwirklichen. Unsere Teams arbeiten für und mit den Opfern, um lebenswichtige Programme in den Bereichen psychische Gesundheit, physische Rehabilitation und materielle Unterstützung durchzuführen. Der TFV stellt die Opfer und Überlebenden in den Mittelpunkt all unserer Aktivitäten, und unser ganzheitlicher Ansatz zielt darauf ab, den Einzelnen, ihren Familien und Gemeinschaften einen dauerhaften Frieden zu bringen.”



Cour
Pénale
Internationale
International
Criminal
Court



Räumlichkeiten des ICC in Den Haag

2015

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH), ein ständiges, auf einem Vertrag basierendes internationales Gericht zur Verfolgung von Personen, die Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord verdächtigt werden, hat seinen offiziellen Sitz in Den Haag (Niederlande), ein Verbindungsbüro in New York und bei Bedarf vorübergehende Außenstellen.

Im Dezember 2015 hat der IStGH seinen Umzug in sein neues, ständiges Gebäude am Oude Waalsdorperweg 10, 2597 AK, Den Haag, abgeschlossen, das vom dänischen Architekturbüro Schmidt Hammer Lassen Architects entworfen wurde. Es wurde am 19. April 2016 offiziell eröffnet:

"Das Design des Gebäudes spiegelt die Transparenz der Institution und ihre Innovationskraft wider. Es verbindet markante Architektur mit strengen Sicherheitsmaßnahmen und zeigt gleichzeitig die besten Praktiken in Bezug auf Nachhaltigkeit und Respekt für die Natur in der natürlichen Dünenlandschaft zwischen Den Haag und der Nordsee. Als Teil der internationalen Zone von Den Haag liegt es in der Nähe des Friedenspalastes, von Europol, ICTY, OPCW und anderen internationalen Organisationen. Der Gastgeberstaat, die Niederlande, hat das Gelände kostenlos zur Verfügung gestellt."



HUMAN
RIGHTS
WATCH

WORLD REPORT 2022

Human Rights Watch

1978

Human Rights Watch, eine internationale NRO, wurde 1978 in New York als "Helsinki Watch" gegründet, um Dissidentenbewegungen hinter dem Eisernen Vorhang zu unterstützen.

Heute untersucht und berichtet sie über Menschenrechtsverletzungen auf allen fünf Kontinenten. Ihre 550 engagierten Mitglieder verteidigen die Rechte der Menschen, indem sie Missstände aufdecken und die Täter vor Gericht bringen. Sie untersuchen Massaker, Völkermorde, die Übernahme von Medien, Politikern und Unternehmen durch die Regierung, grundlose Verhaftungen von Aktivisten und politischen Oppositionellen, aber auch die Diskriminierung und den Missbrauch von Kindern, Frauen, Migrantinnen, Flüchtlingen, LGBT-Menschen und Menschen mit Behinderungen. 1997 wurde ihnen der Friedensnobelpreis verliehen.

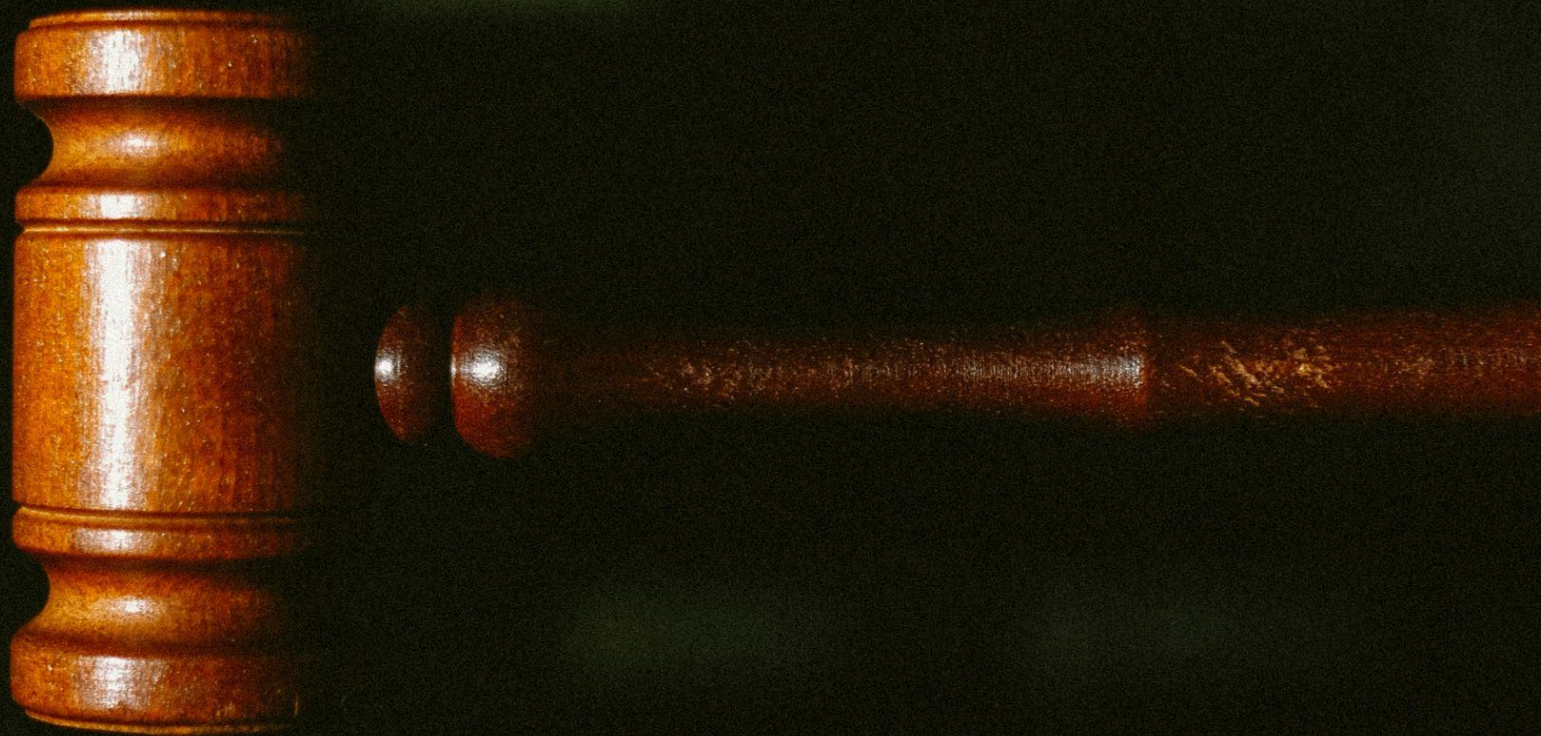


Image: Photo by Tingey Injury Law Firm on Unsplash

Text source: ICC judges, February 2023 www.icc-cpi.int/about/judicial-divisions

ICC-Richter

Die 18 Richter des IStGH werden von der Versammlung der Vertragsstaaten aufgrund ihrer Qualifikation, Unparteilichkeit und Integrität gewählt und haben eine nicht verlängerbare Amtszeit von neun Jahren. Sie sorgen für faire Verfahren und fällen Entscheidungen, stellen aber auch Haftbefehle oder Vorladungen aus, lassen Opfer zu, ordnen Zeugenschutzmaßnahmen an und vieles mehr.

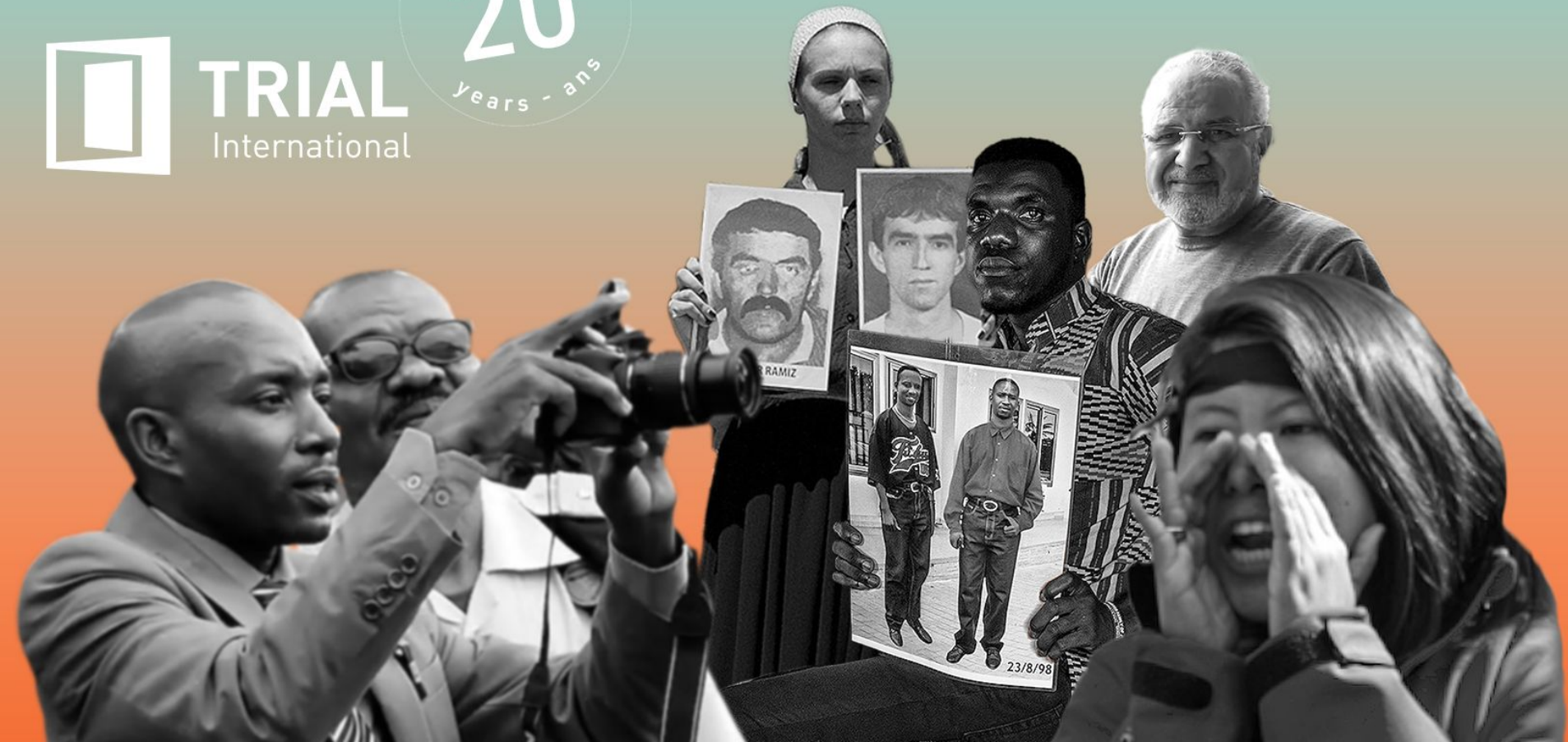
Der IStGH setzt sich aus vier Organen zusammen: dem Präsidium, den Kammern, der Anklagebehörde und der Geschäftsstelle. Die gerichtlichen Kammern sind in drei Abteilungen unterteilt: Vorverfahren (in der Regel 3 Richter pro Fall), Prozesse (3 pro Fall) und Berufungen (5 pro Fall). Derzeit ist der polnische Richter der Berufungsabteilung, Piotr Hofmanski, der Präsident (zusammen mit zwei Vizepräsidenten bilden sie das Präsidium).

Alle Richter müssen Staatsangehörige von Vertragsstaaten des Römischen Statuts sein, und keine zwei Richter dürfen die Staatsangehörigkeit desselben Staates haben.



TRIAL
International

2002 - 2022
20
years - ans



TRIAL International

2002

"TRIAL International ist eine Nichtregierungsorganisation, die gegen die Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen kämpft und die Opfer bei ihrer Suche nach Gerechtigkeit unterstützt. TRIAL International verfolgt einen innovativen Rechtsansatz, der den Überlebenden von unsäglichem Leid den Weg zur Gerechtigkeit ebnet. Die 2002 in der Schweiz gegründete Organisation mit Büros in Genf, Sarajevo (B&H), Goma und Bukavu (DRC) bietet Rechtshilfe, führt Prozesse, entwickelt lokale Kapazitäten und treibt die Menschenrechtsagenda voran."

Ihre Arbeit umfasst: Strafsachen, Menschenrechtsfälle, Kapazitätsaufbau, Advocacy, Unternehmensverantwortung, universelle Gerichtsbarkeit, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen, Folter, Verschwindenlassen, willkürliche Inhaftierung, sexuelle Gewalt, außergerichtliche Hinrichtungen, Übergangsjustiz, strategische Prozessführung, die UNO, Wiedergutmachung, Berichte und Publikationen.



Image: Evstafiev, Public domain, via Wikimedia Commons, Refugees from South Ossetia in a refugee camp in the town of Alagir, North Ossetia, Russia, 16 August 2008

Text: <https://ijrcenter.org/2016/02/03/international-criminal-court-authorizes-investigation-of-2008-georgia-russia-conflict/> and www.icc-cpi.int/situations/georgia and <https://civil.ge/archives/519042>

Georgia 2008 Untersuchung

2016 - 2022

Während eines internationalen bewaffneten Konflikts zwischen südossetischen Separatisten (die vom russischen Militär unterstützt wurden) und georgischen Streitkräften, der zwischen dem 1. Juli und dem 10. Oktober 2008 in und um Südossetien stattfand, wurden mehrere Hundert Menschen getötet (einige von ihnen Friedenstruppen) und mehr als 120.000 Menschen vertrieben. Darüber hinaus soll es Fälle von Folter, Zerstörung von Eigentum, Plünderungen und sexueller Gewalt gegeben haben. Nachdem Georgien das Römische Statut am 5. September 2003 ratifiziert hatte, leitete der IStGH im Januar 2016 eine Untersuchung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit diesem Konflikt ein. Im Dezember 2022 gab Karim Khan, der Ankläger des IStGH, den Abschluss der Ermittlungsphase bekannt, die zu drei Haftbefehlen gegen de-facto südossetische Amtsträger führte - Generalleutnant Michail Mindzaev, ein Mitglied des Oberkommandos des IStGH, und ein Mitglied des Oberkommandos des Oberkommandos des Oberkommandos des Oberkommandos des Oberkommandos des Oberkommandos der Streitkräfte. Generalleutnant Michail Mindzajew, Innenminister, Hamlet Guchmazow, Leiter der Untersuchungshaftanstalt, und David Sanakojew, Menschenrechtsbeauftragter des Präsidenten in Südossetien. Gegen einen Generalmajor der russischen Armee wurde kein Haftbefehl erlassen, da er in der Zwischenzeit verstorben ist.



Image: ICTY staff on Wikimedia Commons https://en.m.wikipedia.org/wiki/File:ICTY_Detention_Unit_cell.jpg, A typical 15 m2 cell at the detention facilities of the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, The Hague, Netherlands
Text: www.icc-cpi.int/about/how-the-court-works

Festnahme und Inhaftierung

Das ICC-Haftzentrum befindet sich in einem niederländischen Gefängnis-Komplex in Scheveningen am Stadtrand von Den Haag (Pompstationsweg 32) und dient der vorübergehenden Unterbringung der vom ICC inhaftierten Personen in sicherem und humanem Gewahrsam. Die Häftlinge haben Zugang zu frischer Luft, Freizeitaktivitäten, Sport, Büchern, Nachrichten, Computern (zur Vorbereitung ihrer Fälle), hochwertigen Lebensmitteln und Kochgelegenheiten und haben das Recht auf Privatsphäre mit Verteidigern, einem konsularischen oder diplomatischen Vertreter, Besuchen eines Seelsorgers oder geistlichen Beraters und ihrer Familie.

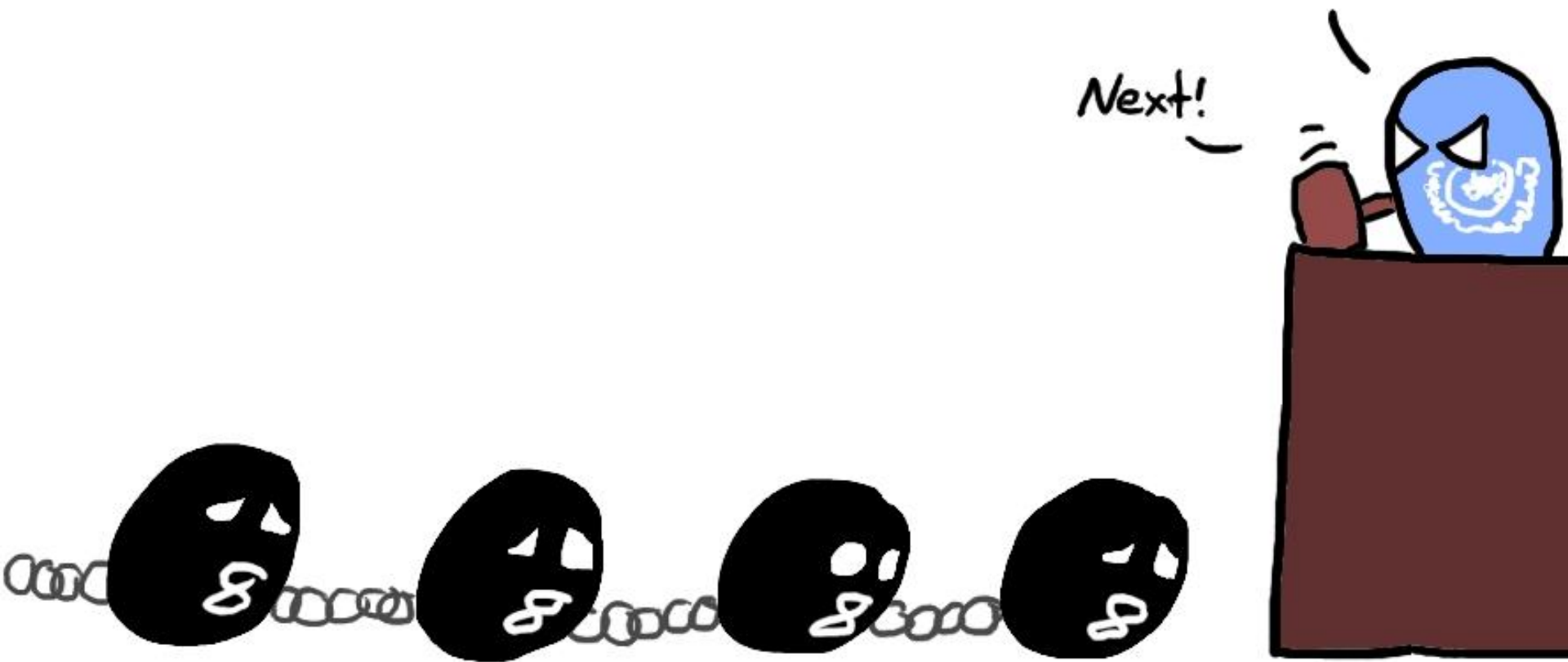
Siehe die Broschüre unter

www.icc-cpi.int/sites/default/files/iccdocs/PIDS/publications/DetentionCentreEng.pdf

Sie können sich auch dieses kurze Video ansehen, das Sie in die Zellen des Haager Hafthauses führt: www.youtube.com/watch?v=SwzoO9hV9zg Nach dem Prozess und gemäß Artikel 103 des Römischen Statuts "wird die Freiheitsstrafe in einem Staat verbüßt, den der Gerichtshof aus einer Liste von Staaten bestimmt, die dem Gerichtshof ihre Bereitschaft zur Aufnahme verurteilter Personen mitgeteilt haben".

14 YEARS!

Next!



ICC-Sanktionen

(1) Vorbehaltlich des Artikels 110 kann der Gerichtshof über eine Person, die wegen eines in Artikel 5 dieses Statuts genannten Verbrechens verurteilt worden ist, eine der folgenden Strafen verhängen:

- a) eine zeitlich begrenzte Freiheitsstrafe bis zu einer Höchstdauer von 30 Jahren;
- b) eine lebenslange Freiheitsstrafe, wenn dies durch die außergewöhnliche Schwere des Verbrechens und die persönlichen Verhältnisse des Verurteilten gerechtfertigt ist.

(2) Neben der Freiheitsstrafe kann der Gerichtshof folgendes anordnen:

- a) eine Geldstrafe nach den in der Verfahrens- und Beweisordnung enthaltenen Kriterien;
- b) die Einziehung des Erlöses, des Eigentums und der Vermögensgegenstände, die unmittelbar oder mittelbar aus diesem Verbrechen stammen, unbeschadet der Rechte gutgläubiger Dritter.



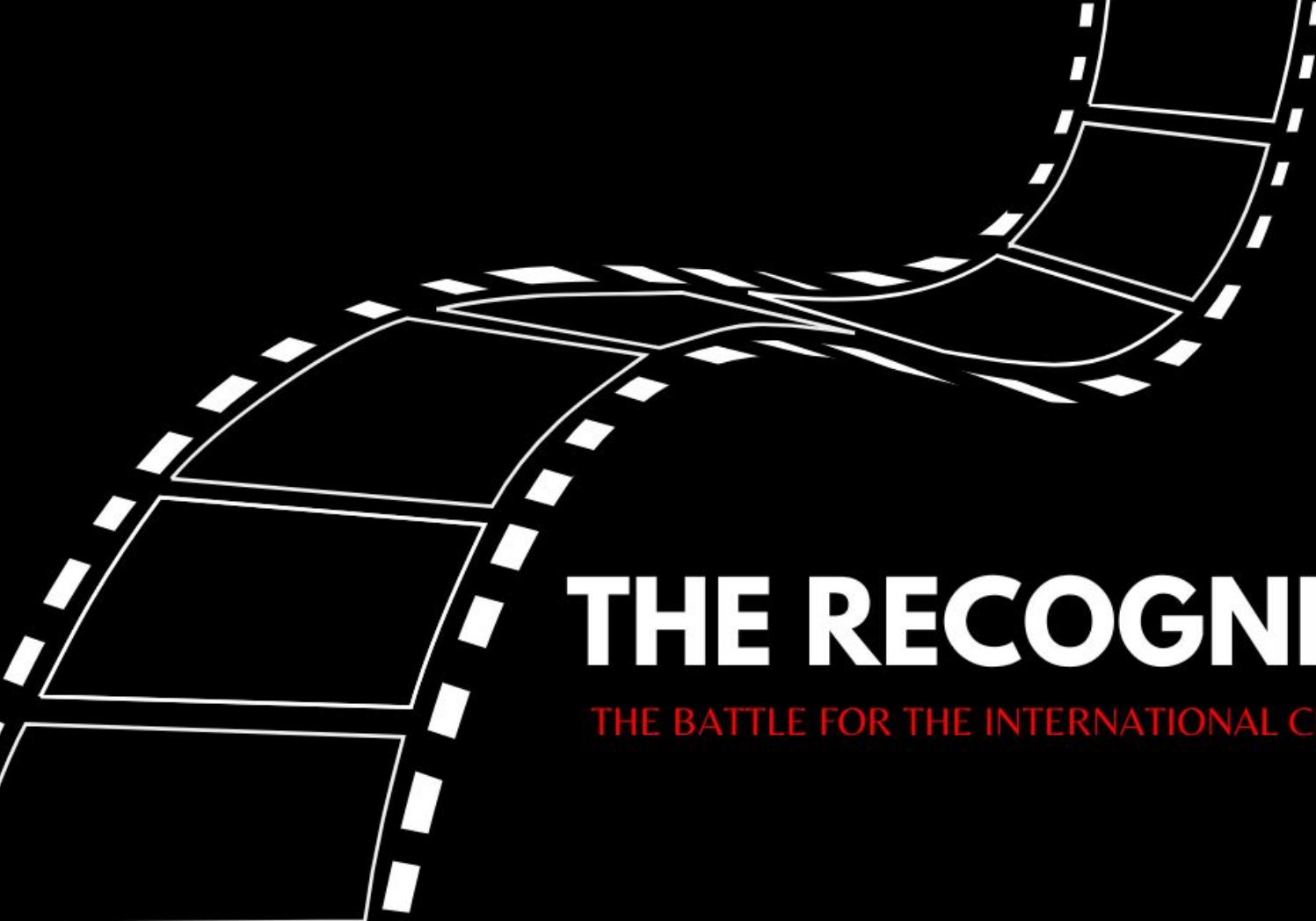
Image: Anne and David, Public domain, via Wikimedia Commons,
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2007_Sankore_Mosque_Timbuktu_02.jpg
Text: <https://news.sky.com/story/df-10547368> and www.icc-cpi.int/mali/al-mahdi
www.icc-cpi.int/news/ahmad-al-faqi-al-mahdi-makes-first-appearance-icc

Ahmad al Faqi al Mahdi

1975 -

Als mutmaßliches Mitglied von Ansar Eddine, einer militanten islamistischen Extremistengruppe in Mali, die mit Al-Qaida in Verbindung gebracht wird, war er der erste islamistische Extremist, der vor dem IStGH angeklagt wurde.

Er war auch der erste, der wegen Kulturzerstörung angeklagt wurde, da er verdächtigt wurde, Angriffe auf religiöse und historische Gebäude in der von der UNESCO geschützten Stadt Timbuktu verübt zu haben. Als Anführer der Hisbah oder "Manners Brigade" wurde al Madhi beschuldigt, im Juni und Juli 2012 die Angriffe auf 14 der 16 zum Weltkulturerbe zählenden Mausoleen von Timbuktu geleitet zu haben, weil sie von der Gruppe als Symbole des Götzendienstes betrachtet wurden. Er bekannte sich schuldig und wurde am 27. September 2016 zu einer neunjährigen Haftstrafe verurteilt. Im Jahr 2021 wurde seine Strafe um zwei Jahre reduziert.



THE RECOGNITION

THE BATTLE FOR THE INTERNATIONAL CRIMINAL COURT

Image: Kreisau-Initiative e. V. (2024)

Text: <https://thereckoning.vhx.tv/> and www.newday.com/films/the-reckoning

Die Abrechnung: Der Kampf um den Internationalen Strafgerichtshof 2009

"Ich erfuhr vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) durch ein Mitglied der peruanischen Wahrheitskommission. In einem hoch gelegenen Andendorf erzählte er mir, dass er zuvor in einer Koalition für die Einrichtung des ersten ständigen internationalen Strafgerichtshofs gearbeitet hatte, der Täter wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord vor Gericht stellen würde. Die Vorstellung, dass niemand immun sein würde, dass sogar Staatsoberhäupter während eines laufenden Konflikts wegen Völkermordes vor Gericht gestellt werden könnten, war erstaunlich. Dies würde einen Paradigmenwechsel im wachsenden Panorama der internationalen Justiz bedeuten. Nach dem blutigsten Jahrhundert in der Geschichte der Menschheit würde dieser neue Gerichtshof uns zwingen, uns zu fragen: "Hat die Menschheit die Möglichkeit, es besser zu machen?" ... Der Titel The Reckoning hat drei Bedeutungen: die Abrechnung mit einer Welt, die versucht, die schlimmsten Täter von Massenverbrechen vor Gericht zu bringen; die Abrechnung mit dem Internationalen Strafgerichtshof, der zu einem wirksamen globalen Schiedsrichter der Gerechtigkeit wird; und die Abrechnung mit der internationalen Gemeinschaft darüber, ob wir den politischen Willen haben, die Haftbefehle zu vollstrecken und das Mandat dieses neuen Gerichtshofs zu erfüllen oder nicht."

Pamela Yates, Dokumentarfilmregisseurin



Image: Photo by Mike Labrum on Unsplash

Text: <https://www.un.org/fr/genocideprevention/documents/champions%20of%20prevention.pdf>

Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide) 1948

Dieser internationale Vertrag, der am 9. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in Paris, Frankreich, nach dem Zweiten Weltkrieg angenommen und unterzeichnet wurde, war ein entscheidender Schritt zur Entwicklung der internationalen Menschenrechte und des internationalen Strafrechts, wie wir es heute kennen.

Die darin enthaltene Definition des Verbrechens des Völkermords (das Wort selbst wurde 1944 von dem polnischen Juristen Raphaël Lemkin geprägt; die eigentliche Definition finden Sie auf der Karte "Völkermord") ist weithin akzeptiert und verwendet worden; sie ist auch im Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) von 1998 enthalten.

Bis Juli 2019 wurde die Völkermordkonvention von 152 Staaten ratifiziert oder ist ihnen beigetreten. Jedes Jahr am 9. Dezember begehen die Vereinten Nationen die Verabschiedung der Konvention mit dem Internationalen Tag des Gedenkens und der Würde der Opfer des Völkermordes und der Verhütung dieses Verbrechens.

le Sieur Jean Antoine Aca
 dieu Christ, de Notre Dame de la
 Visiere, de Saint Benoit d'Ar
 de, Docteur en médecine et chirurgien
 sous Chef du département de Saint
 Sa Majesté le Roi
 le Sieur Charles Albert
 de l'Ordre de l'Aigle rouge de Saint
 Son Envoyé Extraordinaire et
 près la Confédération Suisse, Cor
 le Sieur Jodocus Pictorius
 Chevalier de l'Ordre de l'Aigle
 de. de., Docteur en médecine, Ancien
 corps d'armée;
 et le Sieur Jergen Heu
 Chevalier de l'Ordre de la Cour
 de. de., Conseiller Intime au
 Sa Majesté le Roi de
 le Sieur Christoph Ulm
 de l'Ordre des Saints Maurice
 en Philosophie et Théologie, Ancien
 Centrale et Royale pour la Et
 faisant;
 Lesquels, après au
 treuvis en bonne et due forme, sont
 suivants:

Article 9
 les hautes Puissances contractantes se réservent
 la pleine souveraineté sur les territoires qui sont parvenus à leur
 possession à la suite de la signature du présent traité de Genève, en
 tant qu'ils y ont été mentionnés, le présent est à effet dès sa signature.
 Article 10
 la présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront
 échangées à Bern, dans l'espace de quatre mois, en plus tôt si faire
 se peut.
 Les feits de quoi les Puissances contractantes respectives ont signé
 et apposé le cachet de leurs armes
 fait à Genève, le vingt deuxième jour du mois d'Octobre de
 l'an mil huit cent soixante quatre



Genl. *(Signature)*
 E. Moynier
 R. Lehmann
 St. Robert Volz
 Dr. J. J. Hoffmann
 K. J. Schuler

Image: Kevin Quinn, Ohio, US, on Wikimedia Commons

Text sources: www.britannica.com/event/Geneva-Conventions and www.jagranjosh.com/general-knowledge/geneva-convention-1551355919

Genfer Konventionen

1949

Die Genfer Konventionen (die eng mit dem Roten Kreuz und einem seiner Mitbegründer - Guillaume-Henri Dunant - verbunden sind; Bild unten) sind eine Reihe von internationalen Verträgen, die zwischen 1864 und 1949 geschlossen und am 12. August 1949 in Genf angenommen wurden. Sie bestehen aus vier Verträgen (von 1864, 1906, 1292 und 1949) und drei Zusatzprotokollen (zwei von 1977 und eines von 2005) zum Schutz der Menschenrechte von Kriegsgefangenen (POWs). Sie sind:

- (1) das Übereinkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde,
- (2) das Übereinkommen zur Verbesserung des Loses der verwundeten, kranken und schiffbrüchigen Angehörigen der Streitkräfte zur See,
- (3) das Übereinkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen und
- (4) das Übereinkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten.

Hier eine kurze Erklärung aller Übereinkommen und Protokolle: www.youtube.com/watch?v=wF5Z1RHxKTs



INTERNATIONAL
NUREMBERG
PRINCIPLES
ACADEMY

Die Internationale Akademie der Nürnberger Grundsätze 2016 - 2022

Die Internationale Akademie Nürnberger Prinzipien ist eine gemeinnützige Stiftung zur Förderung des Völkerstrafrechts und der damit verbundenen Menschenrechte mit Sitz in Nürnberg, der Wiege des modernen Völkerstrafrechts.

Zu ihren Haupttätigkeitsfeldern gehören die Bereitstellung eines Dialogforums durch die Einberufung internationaler Konferenzen und Expertentreffen, die Durchführung interdisziplinärer und angewandter Forschung sowie der Aufbau spezialisierter Kapazitäten für Praktiker im Bereich des Völkerstrafrechts und der Menschenrechtserziehung.

Die Nürnberger Akademie setzt sich für die Nürnberger Prinzipien und die Rechtsstaatlichkeit mit der Vision eines nachhaltigen Friedens durch Gerechtigkeit ein, indem sie das Wissen fördert und die Kapazitäten derjenigen ausbaut, die an den Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit den wichtigsten internationalen Verbrechen beteiligt sind.



Image: Photo by Kai Pilger on Unsplash

Text: <https://ccrjustice.org/factsheet-us-sanctions-international-criminal-court>

Die US-Sanktionen gegen die ICC-Beamten 2016 - 2022

Als der Internationale Strafgerichtshof 2020 grünes Licht für die Untersuchung mutmaßlicher Kriegsverbrechen der USA und anderer am Afghanistan-Konflikt beteiligter Parteien gab, erließ US-Präsident Donald Trump am 11. Juni desselben Jahres die Executive Order 13928, mit der er den nationalen Notstand ausrief und das Einfrieren von Vermögenswerten und Einreiseverbote gegen hochrangige IStGH-Beamte genehmigte.

Im Anschluss an diese Anordnung verhängte er am 2. September 2020 Sanktionen gegen die IStGH-Anklägerin Fatou Bensouda, eine Staatsangehörige von Gambia, und Phakiso Mochochoko, einen Staatsangehörigen von Lesotho.

Sie wurden außerdem in die Liste der "Specially Designated Nationals and Blocked Persons" (SDN-Liste) aufgenommen. Am 2. April 2021 hob die Regierung Biden die Executive Order auf.

THE ICC PROCESS



Preliminary
examinations



Investigations



Arrest warrants
—
Summons to
appear



1st appearance



Confirmation of
charges



Trial



Verdict



Sentence



Appeals



Reparations

Image and text sources: <https://www.icc-cpi.int/about/how-the-court-works> and <https://coalitionfortheicc.org/how-file-communication-icc-prosecutor>

ICC-Prozess

Das Bild auf der Titelseite beschreibt die rechtlichen Phasen, die das ICC-Verfahren ausmachen. Weitere Informationen über das ICC-Verfahren finden Sie in dem offiziellen, vom Gerichtshof produzierten YouTube-Kurzvideo: <https://youtu.be/ydtgSB9jROW>

Das Bild auf der rechten Seite zeigt das Verfahren, mit dem man dem IStGH eine Straftat melden kann - die Schritte, die unternommen werden müssen, damit der Gerichtshof prüfen kann, ob eine Untersuchung eingeleitet wird, die in Zukunft zu einer Anklage führen könnte.

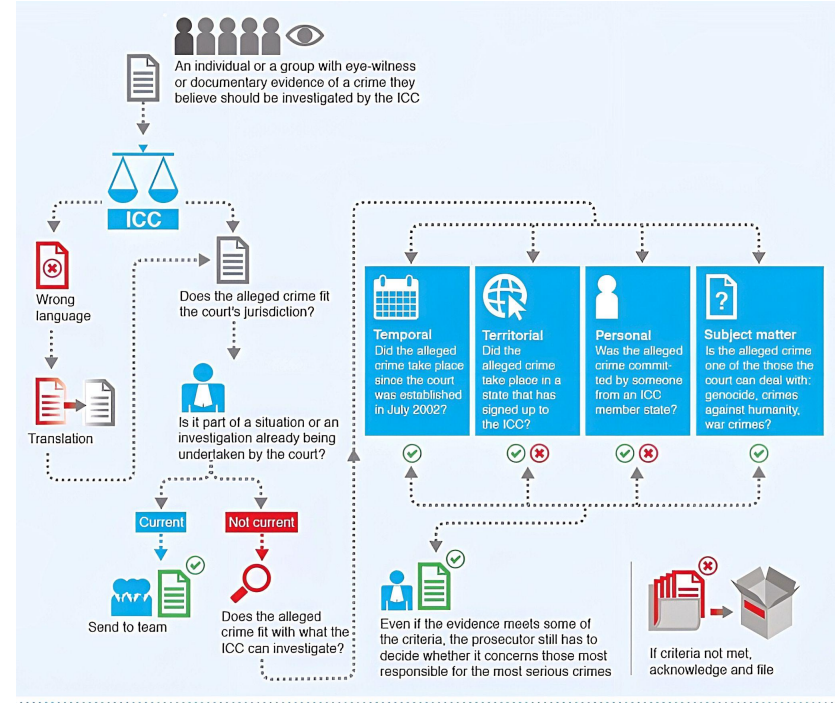




Image: АрміяInform, CC BY 4.0, Wikimedia Commons

Text: <https://autonomousweapons.org/> and www.hrw.org/topic/arms/killer-robots

Lethal Autonomous Weapons (LAWs)

Slaughterbots, auch "tödliche autonome Waffensysteme" oder "Killerroboter" genannt, sind Waffen, die künstliche Intelligenz (KI) nutzen, um menschliche Ziele ohne menschliches Eingreifen zu identifizieren, auszuwählen und zu töten.

Vorläufer dieser Waffen, wie z. B. bewaffnete Drohnen, werden von Ländern wie China, Israel, Südkorea, Russland, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten entwickelt und eingesetzt. Es bestehen ernsthafte Zweifel daran, dass vollautonome Waffen den Normen des humanitären Völkerrechts entsprechen, einschließlich der Regeln der Unterscheidung, der Verhältnismäßigkeit und der militärischen Notwendigkeit, während sie das Grundrecht auf Leben und den Grundsatz der Menschenwürde bedrohen würden.

Human Rights Watch fordert ein präventives Verbot der Entwicklung, der Produktion und des Einsatzes von vollautomatischen Waffen. Human Rights Watch ist Gründungsmitglied und fungiert als globaler Koordinator der Campaign to Stop Killer Robots.



Image: Ali Khamenei, Wikimedia Commons

Text: <https://accessaccountability.org/index.php/2019/09/26/criticisms-and-shortcomings-of-the-icc/>
www.theafricareport.com/104620/sudan-why-the-icc-is-at-a-crossroads-with-omar-al-bashirs-case/

Fragen der Durchsetzung

Der IStGH leidet unter Problemen bei der Vollstreckung sowohl vor als auch nach dem Gerichtsverfahren. Der Gerichtshof ist bei der Verhaftung und Überstellung von Angeklagten völlig von den Mitgliedsstaaten abhängig. Es ist ungewiss, ob die Staaten bereit sind, ihre militärische oder wirtschaftliche Macht einzusetzen, um einen unterdrückerischen Führer aus ihrem Land zu vertreiben. Dem IStGH selbst fehlen die institutionellen Mittel, um sicherzustellen, dass die Angeklagten auch tatsächlich vor Gericht erscheinen, da er über keine eigenen Polizeikräfte und keine verlässlich wirksamen Mittel verfügt, um Staaten zur Zusammenarbeit zu zwingen.

Ein anschauliches Beispiel dafür ist das Ersuchen des IStGH, den sudanesischen Präsidenten Omar Al-Bashir (auf dem Titelbild) wegen der Begehung von Verbrechen nach Artikel 5 festzunehmen und auszuliefern. Der 2009 erstmals ausgestellte Haftbefehl wurde von 19 verschiedenen Ländern ignoriert, von denen neun das Römische Statut unterzeichnet haben.

**The relationship between the
African Union and the
International Criminal Court
– Is the ICC targeting Africa?**

Lukas Fischer

Quote:

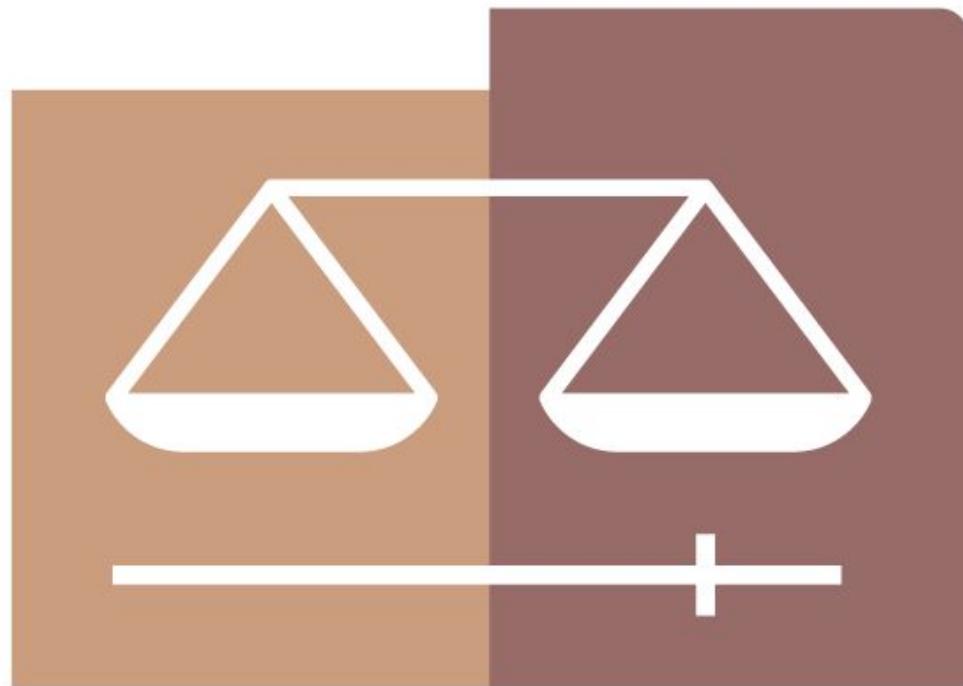
<https://africanlegalstudies.blog/2022/09/09/the-relationship-between-the-african-union-and-the-international-criminal-court-is-the-icc-targeting-africa/>

Text: <https://accessaccountability.org/index.php/2019/09/26/criticisms-and-shortcomings-of-the-icc/>
and <https://newafricanmagazine.com/3238/>

“Anti-African Court”

Viele afrikanische Länder haben den Internationalen Strafgerichtshof wiederholt als unangemessen politisch kritisiert, weil er sich nur auf Situationen in Afrika konzentriert. Manche sehen in dieser scheinbar ungerechtfertigten Praxis einen Versuch der westlichen Staaten, "afrikanische Länder dem Diktat des Westens und seiner Verbündeten gefügig zu machen" oder "die Opferlämmer im Kampf des IStGH um globale Legitimation" (www.herald.co.zw/icc-agent-of-neo-colonialism/). Bislang war jeder Verurteilte ein Afrikaner.

Burundi, Gambia und Südafrika haben schon einmal ihre Absicht bekundet, den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zu verlassen. Burundi hat sich 2017 aus dem IStGH zurückgezogen, während Südafrika seine Rücktrittsankündigung widerrufen hat.



EUROJUST

EUROJUST

2002

Die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, kurz EUROJUST, unterstützt die nationalen Behörden bei der justiziellen Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrorismus und der schweren organisierten Kriminalität, an der mehr als ein EU-Land beteiligt ist. Die Agentur, die 2002 als Ergebnis eines auf der Konferenz von Tampere (Finnland) im Jahr 1999 geschlossenen Abkommens gegründet wurde, hat ihren Sitz in Den Haag (Niederlande) und beschäftigt rund 250 Mitarbeiter, deren Aufgabe darin besteht,

"Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen, an denen mindestens zwei Länder beteiligt sind, zu koordinieren, bei der Lösung von Zuständigkeitskonflikten zu helfen und die Ausarbeitung und Umsetzung von EU-Rechtsinstrumenten wie Europäischen Haftbefehlen sowie Einziehungs- und Sicherstellungsentscheidungen zu erleichtern".

Neben der Koordinierung von Sitzungen, der Finanzierung und der Bereitstellung von Experten beherbergt sie auch die Sekretariate des Europäischen Justiziellen Netzes, des Netzes der Gemeinsamen Ermittlungsteams und des Netzes für die Ermittlung und Verfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen (Genozidnetz).



Image: Delegations (1919) <http://iconicphotos.files.wordpress.com/2009/04/c-000242.jpg> / Wikimedia Commons
Text: <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1919Parisv13/ch16subch1> and
<https://www.history.com/news/treaty-of-versailles-provisions>

Vertrag von Versailles

1919

Der Erste Weltkrieg endete genau fünf Jahre nach der Ermordung von Erzherzog Franz Ferdinand am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles bei Paris, Frankreich. Der umstrittene Vertrag wurde von Deutschland und den Alliierten unter Führung der Vereinigten Staaten, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs unterzeichnet. Zu den schweren Strafen für Deutschland gehörten Gebietsverluste, hohe Reparationszahlungen und Entmilitarisierung. Darüber hinaus wurde in Artikel 227 des Vertrags Folgendes vorgeschlagen:

"Die verbündeten und assoziierten Mächte klagen Wilhelm II. von Hohenzollern, den ehemaligen deutschen Kaiser, wegen eines schwerwiegenden Verstoßes gegen die internationale Moral und die Unantastbarkeit der Verträge öffentlich an. Es wird ein Sondertribunal gebildet, das den Angeklagten vor Gericht stellt und ihm die für das Recht auf Verteidigung unerlässlichen Garantien zusichert. Es wird sich aus fünf Richtern zusammensetzen, von denen je einer von den folgenden Mächten ernannt wird: den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan. ..." Die Idee, Kaiser Wilhelm II. als Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen, wurde nie verwirklicht. Er lebte bis zu seinem Tod im Jahr 1941 ruhig in Holland.

Cassese's Internationales Strafrecht

2003

Antonio Cassese (1937-2011) war ein renommierter Rechtswissenschaftler und Jurist, ein Experte für internationales Strafrecht, der an mehreren internationalen Gerichtshöfen tätig war und als Richter und Präsident des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) (1993-2000), als Vorsitzender der Internationalen Untersuchungskommission für Darfur (2004-2005) sowie als Richter und Präsident des Sondergerichtshofs für den Libanon (STL) fungierte.

Er gilt als eine der führenden Persönlichkeiten bei der Entwicklung des humanitären Völkerrechts und hat eines der beliebtesten Lehrbücher auf diesem Gebiet verfasst: *International Criminal Law*, eine kurze Einführung in das internationale Strafrecht und das internationale Strafverfahren. Das Buch behandelt alle internationalen Strafgerichte und Tribunale sowie gemischte Gerichte.

1,00

MONACO

G. MOYNIER

H. DUNANT

G^e DUFOUR



P. LAMBERT

GROIX-ROUGE INTERNATIONALE 1863-1963

Image and text source: <https://justiceinconflict.org/2013/01/10/where-it-all-began-tracing-the-birth-of-the-icc/> Stamp from Monaco depicting Gustave Moynier (I), Henri Dunant, and General Henri Dufour

Gustav Moynier

1826 - 1910

Gustave Moynier war ein Schweizer Jurist und Philanthrop, Gründungsmitglied des Institut de droit international (Institut für internationales Recht), einer der Mitbegründer des Roten Kreuzes und der "Vordenker" des Internationalen Strafgerichtshofs.

1872 schlug er als Reaktion auf die Verbrechen während des Deutsch-Französischen Krieges einen ständigen Gerichtshof vor. Moyniers Vorschlag zur Schaffung eines internationalen Schiedsgerichts zur Ahndung von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht bezog sich ausschließlich auf Verstöße gegen die Genfer Konvention von 1864. Seiner Vision zufolge würde "eine kontradiktorische Untersuchung eingeleitet werden, um Schuld oder Unschuld festzustellen. Die Fälle und Entscheidungen würden angemessen dokumentiert und für ein breites Publikum veröffentlicht. Den Vorsitz des Tribunals würde der Präsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft führen, der drei unabhängige Mächte, die die Genfer Konvention unterzeichnet haben, sowie zwei Vertreter der kriegführenden Staaten durch das Los bestimmen würde. Moynier wurde 1901, 1902, 1903 und 1905 für den Friedensnobelpreis nominiert, hat ihn aber nie erhalten.



“A Problem from Hell”: America and the Age of Genocide, von Samantha Power 2002

Dieses mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnete Buch, das das wiederholte Versagen Amerikas bei der Verhinderung von Völkermorden in der ganzen Welt untersucht, wurde von Samantha Power, Professorin an der Harvard Kennedy School, ehemalige Kriegsberichterstatteerin für den Balkan und US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, geschrieben. Seit Mai 2021 ist sie Leiterin der US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID): "Man hat das Versäumnis der USA, auf bestimmte Völkermorde zu reagieren, damit erklärt, dass die Vereinigten Staaten nicht wussten, was geschah, dass sie es wussten, es ihnen aber egal war, oder dass unabhängig davon, was sie wussten, nichts Sinnvolles zu tun war. Ich habe festgestellt, dass die politischen Entscheidungsträger in den USA tatsächlich sehr viel über die Verbrechen wussten, die begangen wurden. Einige Amerikaner sorgten sich und kämpften für Maßnahmen und brachten dabei erhebliche persönliche und berufliche Opfer. Und die Vereinigten Staaten hatten zahllose Möglichkeiten, das Abschlachten zu mildern und zu verhindern. Doch immer wieder entschieden sich anständige Männer und Frauen, wegzusehen.

Wir alle waren Zuschauer eines Völkermordes. Die entscheidende Frage ist, warum."
www.goodreads.com/work/quotes/118565-a-problem-from-hell-america-and-the-age-of-genocide



Laurent Gbagbo und Charles Blé Goudé

2016 - 2019

Laurent Gbagbo (77) war zehn Jahre lang Präsident von Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste), als er die Wahlen 2010 verlor. Er weigerte sich, das Ergebnis zu akzeptieren und zurückzutreten, was zu einer politischen Krise führte, die den Bürgerkrieg im Land wieder aufflammen zu lassen drohte. Ble Goude (51), der einer nationalistischen Pro-Gbagbo-Gruppe namens Junge Patrioten vorstand, war Gbagbos Kandidat für das Amt des Ministers für Sport und Jugend, der für seine Fähigkeit bekannt war, wütende Menschenmengen zu mobilisieren. Die Gewalt nach den Wahlen hatte den Tod von 3.000 Menschen und die Vertreibung von mehr als einer halben Million Menschen zur Folge. Sie wurden verhaftet und wegen "Verbrechen gegen die Menschlichkeit in vier Fällen angeklagt: Mord, Vergewaltigung und andere Formen sexueller Gewalt, Verfolgung und andere unmenschliche Handlungen, die während der Gewalt nach den Wahlen 2010/2011 in Côte d'Ivoire begangen worden sein sollen. Der Prozess vor dem IStGH begann 2016 und dauerte zwei Jahre lang. Im Jahr 2019 wurden beide Angeklagten freigesprochen, weil "die Anklage es versäumt hat, mehrere wesentliche Elemente der angeklagten Verbrechen nachzuweisen, darunter das Vorhandensein eines "gemeinsamen Plans", um Herrn Gbagbo an der Macht zu halten, der die Begehung von Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung "im Rahmen oder zur Förderung einer staatlichen oder organisatorischen Politik" einschloss, und nachzuweisen, dass öffentliche Reden von Herrn Gbagbo oder Herrn Blé Goudé eine Anordnung, Aufforderung oder Veranlassung zu den angeblichen Verbrechen darstellten oder dass einer der Angeklagten anderweitig wissentlich oder absichtlich zur Begehung dieser Verbrechen beigetragen hat.



C. DEL PONTE

Konfrontationen mit den schlimmsten Verbrechern der Menschheit und die Kultur der Straflosigkeit

2009

Carla Del Ponte war Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs der Vereinten Nationen für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda, der größten Anklage wegen Kriegsverbrechen seit dem Zweiten Weltkrieg. Dieses Buch (in Zusammenarbeit mit Chuck Sudetic geschrieben) ist ihr Bericht über die acht Jahre, die sie damit verbracht hat, der Gerechtigkeit zu dienen:

"Manchmal scheint Del Ponte in dieser dichten Erzählung klar zu sehen, wie schwierig es ist, Verstöße gegen das Gesetz oder die Kriegssitten von einem Amt aus zu verfolgen, das nicht über die Befugnisse verfügt, die normalerweise von Gerichten in souveränen Staaten ausgeübt werden: die Möglichkeit, wichtige Beweise zu finden, Zeugen zu rekrutieren, Personen zu verhaften, usw. Manchmal ist sie bereit, einen gewissen Teil der Schuld für ihre Versäumnisse als Verwalterin und Verhandlungsführerin auf sich zu nehmen. Allzu oft erscheint sie dem Leser jedoch als völlig ungeeignet - wegen ihrer Schroffheit, ihrer Neigung, schnell beleidigt zu sein, ihres missionarischen Eifers - für die realen Grenzen ihrer zugegebenermaßen gewaltigen Aufgabe."
www.kirkusreviews.com/book-reviews/carla-del-ponte/madame-prosecutor/



Interamerikanische Kommission und Gerichtshof 1959/1979

Das Interamerikanische System zum Schutz der Menschenrechte ist für die Überwachung, die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in den 35 unabhängigen Ländern des amerikanischen Kontinents, die Mitglieder der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) sind, zuständig. Es besteht aus zwei Hauptorganen:

der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (IACHR) und dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (IACtHR). 1959 wurde die IACHR gegründet, nachdem im April 1948 in Bogotá, Kolumbien, die Amerikanische Erklärung der Rechte und Pflichten des Menschen verabschiedet worden war. Sie hat ihren Sitz in Washington, D.C. 1969 wurde die Amerikanische Menschenrechtskonvention verabschiedet. Die 1978 in Kraft getretene Konvention definiert die Menschenrechte, zu deren Achtung und Gewährleistung sich die ratifizierenden Staaten verpflichtet haben. Mit ihr wurde auch der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte geschaffen. Der Gerichtshof wurde im folgenden Jahr eingerichtet und hat seinen Sitz in San José, Costa Rica. In der Konvention wurden die Aufgaben und Verfahren sowohl der Kommission als auch des Gerichtshofs festgelegt.



Image: Saif Al-Islam Gaddafi photo by Hamooom, on [Wikimedia Commons](#)

Text: ICC www.libyaherald.com/2021/12/international-criminal-court-reiterates-that-it-needs-state-cooperation-to-arrest-and-transfer-saif-qaddafi-to-its-court/ and www.icc-cpi.int/libya and www.coalitionfortheicc.org/country/libya

Lage in Libyen

2011 -

Libyen ist kein Vertragsstaat des Römischen Statuts, aber der UN-Sicherheitsrat hat den IstGH im Februar 2011 (in der Resolution 1970) mit der Situation in Libyen befasst, "in der er die Gewalt und die Anwendung von Gewalt gegen Zivilisten verurteilt, die grobe und systematische Verletzung der Menschenrechte, einschließlich der Unterdrückung friedlicher Demonstranten, bedauert, seine tiefe Besorgnis über den Tod von Zivilisten zum Ausdruck bringt und die Aufstachelung zu Feindseligkeit und Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, die von höchster Ebene der libyschen Regierung ausgeht, unmissverständlich zurückweist."

Die Untersuchung wurde im März 2011 eingeleitet und konzentriert sich auf mutmaßliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, die seit dem 15. Februar 2011 in ganz Libyen begangen wurden, nachdem die Demonstrationen gegen das Regime von Muammar Gaddafi ausgebrochen waren. Daraufhin wurden Haftbefehle gegen Gaddafi, seinen Sohn Saif Al-Islam Gaddafi und Abdullah Al-Senussi, Direktor des militärischen Geheimdienstes, erlassen. Das Verfahren gegen Muammar Gaddafi wurde nach dessen Tod am 22. November 2011 eingestellt. Sein Sohn bleibt auf freiem Fuß.



STOP
ECOCIDE
change the law

Ecocide International beenden

Der ursprüngliche Entwurf des Römischen Statuts enthielt neben Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen der Aggression einen weiteren Punkt - Ökozid, definiert als "Verlust oder Beschädigung oder Zerstörung von Ökosystemen eines bestimmten Gebiets, so dass die friedliche Nutzung durch die Bewohner schwer beeinträchtigt wurde oder wird". Leider wurde diese Formulierung später auf Druck der Niederlande, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs wieder aus dem Entwurf gestrichen.

In jüngster Zeit, da die Bedrohung durch den Klimawandel immer realer wird, wächst der Druck, den Umweltmord endlich in das Römische Statut aufzunehmen. Stop Ecocide International (SEI), eine Organisation, die 2017 von der schottischen Anwältin, Autorin und Umweltlobbyistin Polly Higgins (1968-2019) und dem derzeitigen Exekutivdirektor Jojo Mehta mitbegründet wurde, wurde zur treibenden Kraft hinter der wachsenden globalen Bewegung, die sich dafür einsetzt, Ökozid zu einem internationalen Verbrechen zu machen. "Stellen Sie sich ein Gesetz vor, das eine höhere moralische Autorität hat... ein Gesetz, das die Menschen und den Planeten an die erste Stelle setzt. Stellen Sie sich ein Gesetz vor, das von dem Grundsatz ausgeht, keinen Schaden anzurichten, das dieses gefährliche Spiel stoppt und uns an einen Ort der Sicherheit bringt..." Polly Higgins, 2015

Witness #140

one year

two year

three year

four

five year

six year

how many

more?

Image and Text: Witness #68 <https://thenewinquiry.com/blog/it-continues-not-to-end-time-poetry-and-the-icc-witness-project/> and <https://iccwitnesses.tumblr.com/>

The ICC Witness Project

2013-

In den Jahren 2013 und 2014 veröffentlichte The New Inquiry (eine 501(c)3 Non-Profit-Organisation ohne jegliche Zugehörigkeit) über 150 Gedichte als Teil des "The ICC Witness Project". Das Projekt wurde durch einen BBC-Artikel angeregt und war eine Zusammenarbeit zwischen kenianischen Dichtern. Ziel des Projekts war es, einigen der vermissten bzw. zum Schweigen gebrachten Zeugen des ICC-Prozesses eine Stimme zu geben, damit die Opfer und Überlebenden der Gewalt nach den Wahlen 2007/2008 nie vergessen werden. Hier ist nur einer:

Witness #143

our lips are sewn shut with fear,
our hands tied with rebuke.

we tread softly. we do not know
when it might be our turn

to lie underfoot.

Sehen Sie sich das Video des Projekts an: www.youtube.com/watch?v=9JAYO_ii3Eo&t=188s

WHAT ARE

THE

RULES OF WAR?



Yes, wars have rules.

ICRC

Internationales Komitee vom Roten Kreuz

Die Regeln des Krieges, formell bekannt als Humanitäres Völkerrecht:

- 1 Schützen Sie diejenigen, die nicht kämpfen, wie Zivilisten, medizinisches Personal oder Helfer.
- 2 Schützen Sie diejenigen, die nicht mehr in der Lage sind zu kämpfen, wie einen verletzten Soldaten oder einen Gefangenen.
- 3 Verboten Sie das Angreifen von Zivilisten. Dies ist ein Kriegsverbrechen.
- 4 Erkennen Sie das Recht der Zivilisten an, vor den Gefahren des Krieges geschützt zu werden und die Hilfe zu erhalten, die sie brauchen. Es muss alles getan werden, um zu vermeiden, dass sie oder ihre Häuser beschädigt oder ihre Lebensgrundlagen wie Wasserquellen, Ernten, Vieh usw. zerstört werden.
- 5 Gebot, dass Kranke und Verwundete ein Recht auf Versorgung haben, unabhängig davon, auf welcher Seite sie stehen.
- 6 Festlegung, dass medizinisches Personal, medizinische Fahrzeuge und Krankenhäuser, die humanitären Zwecken dienen, nicht angegriffen werden dürfen.
- 7 Verboten Sie Folter und erniedrigende Behandlung von Gefangenen.
- 8 Legen Sie fest, dass Gefangene Nahrung und Wasser erhalten und mit ihren Angehörigen kommunizieren dürfen.
- 9 Beschränken Sie die Waffen und Taktiken, die im Krieg eingesetzt werden können, um unnötiges Leid zu vermeiden.
- 10 Verboten Sie ausdrücklich Vergewaltigung oder andere Formen sexueller Gewalt im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten.

Sehen Sie sich dieses Video über Kriegsregeln an: www.youtube.com/watch?v=HwpzzAefx9M



Burundi Rückzug 2017

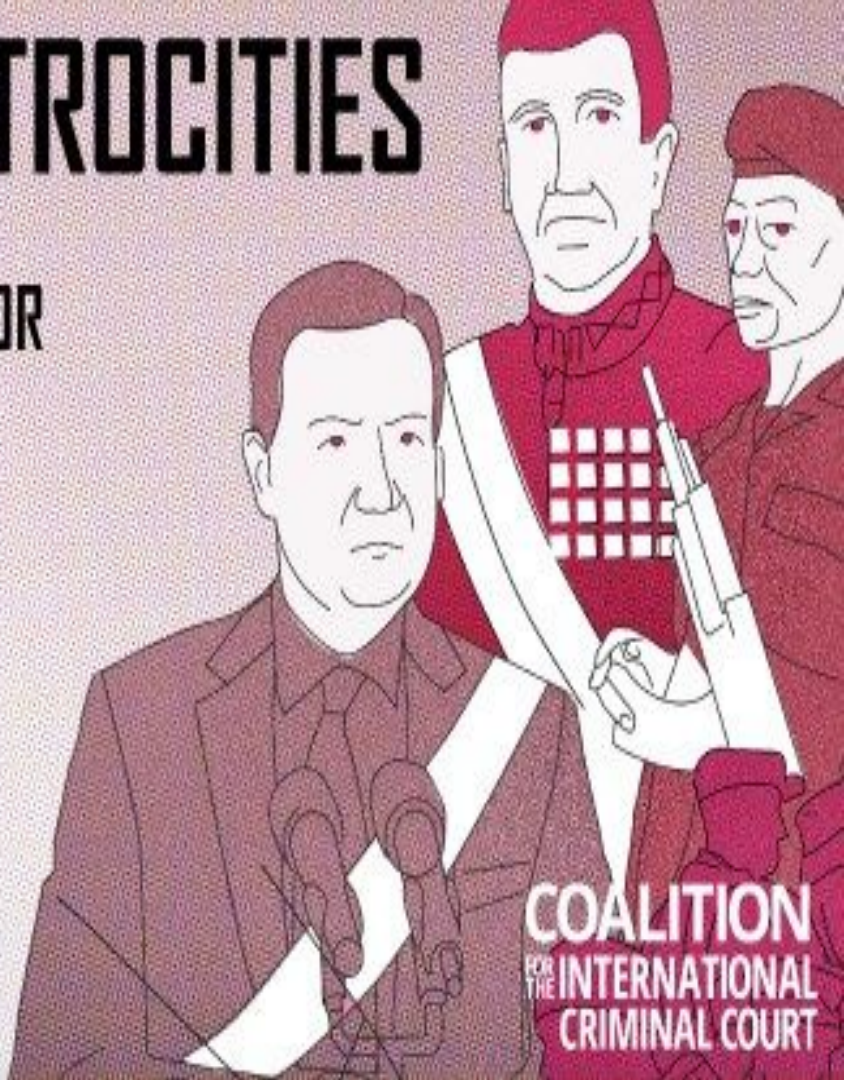
Als der IStGH im April 2016 die vorläufige Prüfung der Lage im Land ankündigte, beschloss Burundi, aus dem Römischen Statut auszutreten, und beschuldigte den IStGH, gezielt Afrikaner strafrechtlich zu verfolgen (auch Gambia, Kenia und Südafrika signalisierten ähnliche Absichten). Ein Jahr später, am 27. Oktober 2017, wurde es offiziell: Burundi trat als erstes Land aus dem IStGH aus. Die Probleme im Land begannen 2015, nachdem Präsident Pierre Nkurunziza beschlossen hatte, ein drittes Mal zu kandidieren. Die Opposition bezeichnete dies als verfassungswidrig und löste breite Proteste aus. In den darauffolgenden zweieinhalb Jahren wurden Berichten zufolge mehr als 430 Menschen getötet, mindestens 3.400 Personen verhaftet und mehr als 230.000 suchten Zuflucht in den Nachbarländern. Bei der Untersuchung wurden Beweise für Tötungen, willkürliche Verhaftungen, Inhaftierungen, Folter, Vergewaltigungen und andere Formen sexueller Gewalt sowie für das Verschwindenlassen von Personen gefunden. Der IStGH kam jedoch zu dem Schluss, dass er seine Zuständigkeit für die im Römischen Statut aufgeführten Verbrechen ausüben kann, die im Zeitraum vom 1. Dezember 2004 (dem Jahr der Ratifizierung des Abkommens durch das Land) bis zum 26. Oktober 2017 (dem Tag vor dem offiziellen Rücktritt) im Hoheitsgebiet Burundis oder von dessen Staatsangehörigen begangen wurden.

UNIMAGINABLE ATROCITIES

JOIN THE FIGHT FOR



coalitionfortheicc.org



COALITION
FOR THE
**INTERNATIONAL
CRIMINAL COURT**

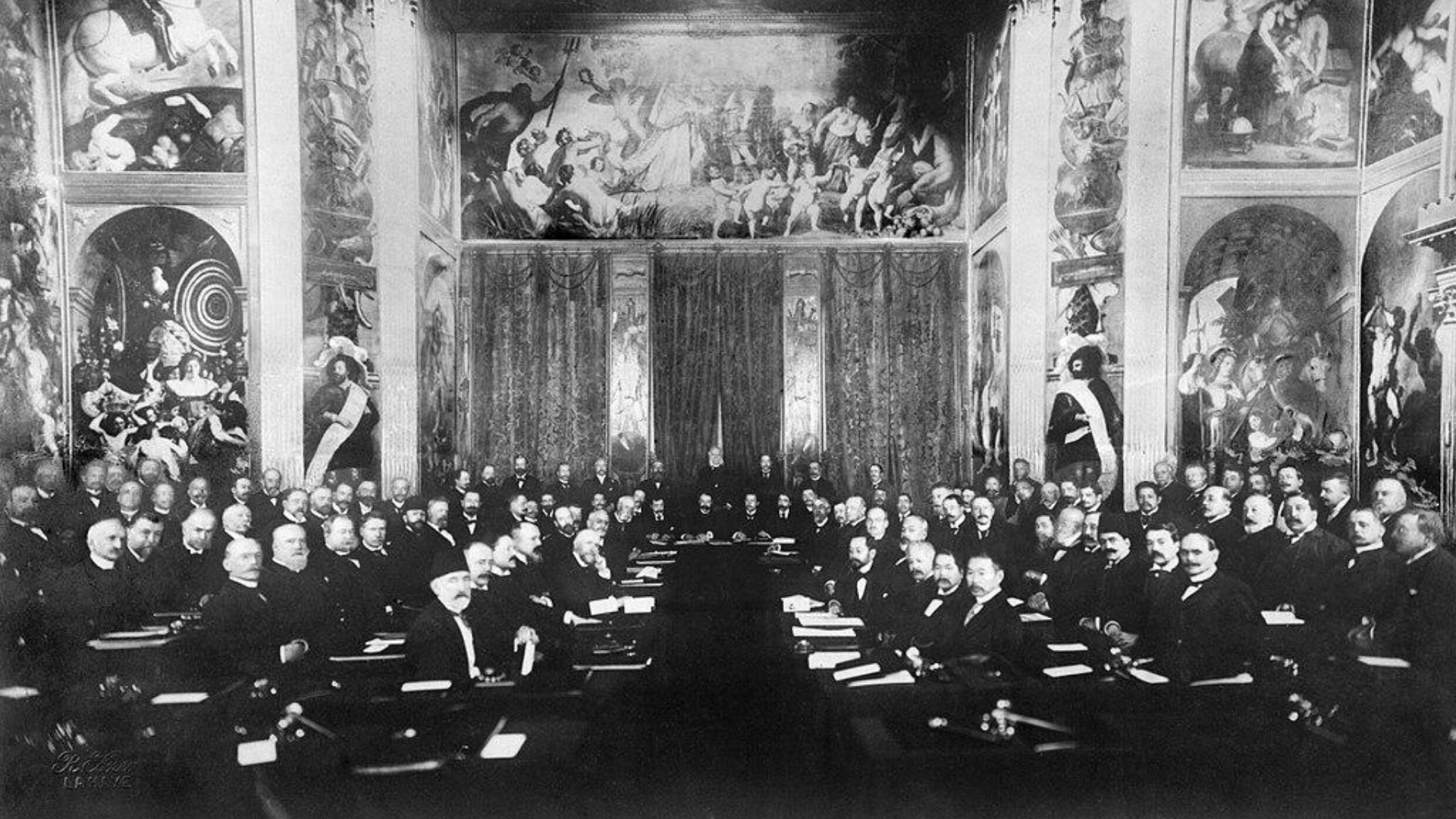
Image: https://web.facebook.com/CoalitionfortheInternationalCriminalCourt/?_rdc=1&_rdr

Text: www.coalitionfortheicc.org/about/our-story

Koalition für den Internationalen Strafgerichtshof 1995

"1995 begann eine Gruppe von 25 Menschenrechtsorganisationen, sich für einen ständigen internationalen Strafgerichtshof einzusetzen, um Einzelpersonen für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord zur Verantwortung zu ziehen."

Heute kämpft die Koalition für den Internationalen Strafgerichtshof, ein globales Netzwerk von mehr als 2.500 zivilgesellschaftlichen Organisationen aller Größen und Bedeutungsebenen in 150 Ländern, weiterhin für globale Gerechtigkeit durch nationale Gerichte und den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.



Dr. J. H. L. F. M. E.

Die Haager Konventionen

1899 and 1907

Die beiden Haager Abkommen, die auf den Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 in Den Haag (daher der Name) verabschiedet wurden, legen die Regeln fest, die die Kriegsparteien während der Feindseligkeiten befolgen müssen.

Auf der ersten Konferenz (18. Mai bis 29. Juli 1899), an der 26 Länder teilnahmen, wurden drei Übereinkommen (über die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten, die Gesetze und Gebräuche des Krieges zu Lande und die Anpassung der Grundsätze der Genfer Konvention vom 22. August 1864 an die Seekriegsführung) und drei Erklärungen (Verbot der Verwendung von erstickenden Gasen, von expandierenden Geschossen (Dumdums) und der Entladung von Geschossen oder Sprengstoffen aus Ballons) verabschiedet.

Die zweite Konferenz (15. Juni bis 18. Oktober 1907), an der 44 Länder teilnahmen, verabschiedete 13 Konventionen (zu Themen wie der Eröffnung von Feindseligkeiten, den Gesetzen und Gebräuchen des Krieges, den Rechten und Pflichten neutraler Mächte im Falle eines Krieges zu Lande usw.)



United Nations Diplomatic Conference
of Plenipotentiaries on the Establishment
of an International Criminal Court
Rome, 15 June-17 July 1998



Image: www.coalitionfortheicc.org/news/20190716/fighting-for-global-justice-ijd,

Text: <https://ihl-databases.icrc.org/en/ihl-treaties/icc-statute-1998> and <https://asp.icc-cpi.int/asp-events/ICJD/default>

Rom-Konferenz

1998

Nach jahrelangen Überlegungen und Verhandlungen fand vom 15. Juni bis 17. Juli 1998 in Rom eine Diplomatische Konferenz statt, auf der das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), des weltweit einzigen ständigen Gerichtshofs, der Personen für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und das Verbrechen der Aggression zur Rechenschaft ziehen soll, fertiggestellt und angenommen wurde. Das Statut wurde schließlich mit 120 Stimmen angenommen, 7 (Vereinigte Staaten, China, Libyen, Irak, Israel, Katar und Jemen) stimmten dagegen und 21 enthielten sich.

Alle Einzelheiten finden Sie hier: https://legal.un.org/icc/rome/proceedings/E/Rome%20Proceedings_v1_e.pdf

Der Internationale Tag der Gerechtigkeit erinnert an diesen historischen Tag. Der 17. Juli "vereint alle, die sich für Gerechtigkeit einsetzen, die Rechte der Opfer fördern und dazu beitragen wollen, Verbrechen zu verhindern, die den Frieden, die Sicherheit und das Wohlergehen der Welt bedrohen."



ROME STATUTE OF THE INTERNATIONAL CRIMINAL COURT

Deposit of Instruments Required for Entry into Force:
11 April 2002, United Nations, New York



STATUT DE ROME DE LA COUR PÉNALE INTERNATIONALE

Dépôt des Instruments requis pour l'entrée en vigueur :
11 avril 2002, Nations Unies, New York



International Criminal Court

ESTABLISHED
1 JULY 2002

Image: IntlCrimCourt (2020), Twitter/X <https://twitter.com/intlcrimcourt/status/1278324839909068801>

Text: <https://news.un.org/en/story/2002/04/32172-ratification-ceremony-un-paves-way-international-criminal-court>
and www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/rome-statute-international-criminal-court

Statut von Rom Ratifizierung und Inkrafttreten 2002

The Rome Statute of the International Criminal Court, adopted on 17 July 1998, entered into force on 1 July 2002, in accordance with its Article 126:

- (1) Dieses Statut tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den sechzigsten Tag nach Hinterlegung der sechzigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen folgt.
- (2) Für jeden Staat, der das Statut nach Hinterlegung der sechzigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beiträgt, tritt es am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den sechzigsten Tag nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde folgt.

Mit anderen Worten: Als Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kambodscha, die Republik Kongo, Irland, Jordanien, die Mongolei, Niger, Rumänien und die Slowakei am 11. April 2002 gemeinsam ihre Ratifizierungsurkunden am Sitz der Vereinten Nationen in New York hinterlegten, stieg die Zahl der Staaten, die den Vertrag ratifiziert haben, auf 66. Zwei Monate (60 Tage) und einige Wochen später (am ersten Tag des Monats) nahm der Gerichtshof in Den Haag seine Arbeit auf.



Entwurf des Statuts für einen Internationalen Strafgerichtshof 1994

"1994 legte die ILC (International Law Commission) der UNGA (Generalversammlung der Vereinten Nationen) ihren endgültigen Entwurf für ein Statut des Internationalen Strafgerichtshofs vor und empfahl die Einberufung einer Bevollmächtigtenkonferenz, um einen Vertrag auszuhandeln und das Statut zu verabschieden. Um wichtige inhaltliche Fragen des Statutenentwurfs zu erörtern, setzte die Generalversammlung den Ad-hoc-Ausschuss für die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs ein, der 1995 zweimal tagte.

https://legal.un.org/ilc/texts/instruments/english/draft_articles/7_4_1994.pdf



Images: <http://law2.umkc.edu/faculty/projects/ftrials/tokyo/tokyolinks.html> and
<https://blogs.icrc.org/cross-files/prosecuting-war-crimes-after-the-second-world-war-the-nuremberg-and-tokyo-trials/>
Text: www.nationalww2museum.org/war/articles/nuremberg-and-tokyo-war-crimes-trials and
<https://history.state.gov/milestones/1945-1952/nuremberg>

Die Prozesse von Nürnberg und Tokio

1945 - 1948

Die Internationalen Militärtribunale von Nürnberg (IMT) und Tokio (IMTFE) wurden von den Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichtet, um die nationalsozialistische und die japanische Führung wegen der Anordnung oder Genehmigung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht zu stellen und zu bestrafen. Von November 1945 bis Oktober 1946 wurden Nazi-Funktionäre in Nürnberg in Deutschland vor Gericht gestellt. Das Tribunal befand neunzehn Angeklagte für schuldig und verurteilte sie zu Strafen, die vom Tod durch den Strang bis zu fünfzehn Jahren Haft reichten. Drei weitere Angeklagte wurden für nicht schuldig befunden, ein Angeklagter beging Selbstmord, und ein Angeklagter trat wegen einer körperlichen oder geistigen Erkrankung nicht vor Gericht.

Die Kriegsverbrecherprozesse in Tokio, die von Mai 1946 bis November 1948 stattfanden, befanden alle Angeklagten für schuldig und verurteilten sie zu Strafen zwischen dem Tod und sieben Jahren Haft; zwei Angeklagte starben während des Prozesses.

WANTED!



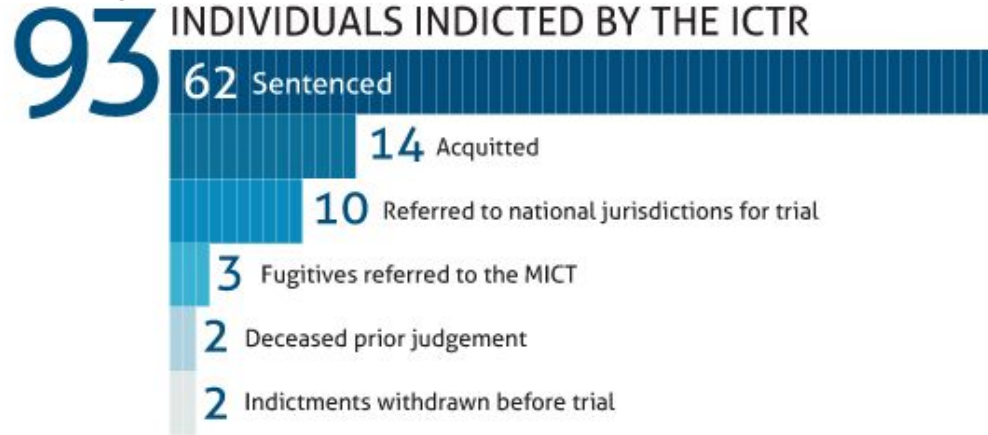
Image: Image by Rochak Shukla on Freepik

text: <https://allafrica.com/stories/202205160145.html> and <https://unictr.irmct.org/en/tribunal> and <https://legal.un.org/avl/ha/ictr/ictr.html>

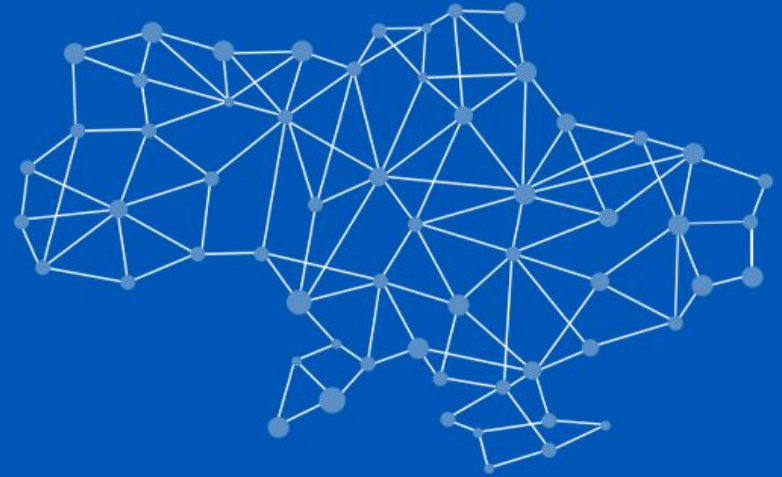
ICTR

1994 - 2016

Der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda (ICTR) ist ein Gerichtshof der Vereinten Nationen (UN), der vom Sicherheitsrat am 8. November 1994 mit der Resolution 955 eingerichtet wurde, um "Personen zu verfolgen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht verantwortlich sind, die zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 im Hoheitsgebiet Ruandas und der Nachbarstaaten begangen wurden". Er hatte seinen Sitz in Arusha, Tansania, mit Büros in Kigali, Ruanda, und der Berufungskammer in Den Haag, Niederlande.



ICC Investigation into **UKRAINE**



**Cour
Pénale
Internationale**

**International
Criminal
Court**

Lage in der Ukraine

2022 -

Obwohl die Ukraine kein Vertragsstaat des Römischen Statuts ist, ist der IStGH für die in der Ukraine begangenen Verbrechen des Völkermords, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Kriegsverbrechen zuständig, nachdem das Land zwei Erklärungen nach Artikel 12 Absatz 3 des Statuts abgegeben hat: die erste am 9. April 2014 über mutmaßliche Verbrechen, die vom 21. November 2013 bis zum 22. Februar 2014 (die "Maidan-Ereignisse") in seinem Hoheitsgebiet begangen wurden, und die zweite am 8. September 2015 in Bezug auf mutmaßliche Verbrechen, die seit dem 20. Februar 2014 in seinem Hoheitsgebiet begangen wurden, ohne Enddatum.

Am 2. März 2022 kündigte die Staatsanwaltschaft auf der Grundlage von Befassungen von 43 Vertragsstaaten die Einleitung von Ermittlungen zu den mutmaßlichen Straftaten an, die seit dem 21. November 2013 im Zusammenhang mit der Lage in der Ukraine begangen wurden.



Der Selbstmord von Slobodan Praljak

2017

"Am 29. November 2017 beging Herr Praljak im Gerichtssaal 1 des ICTY Selbstmord. Während der öffentlichen Verkündung des Berufungsurteils bestätigte die Berufungskammer seine Verurteilung und bestätigte seine Verurteilung zu einer 20-jährigen Haftstrafe. Unmittelbar danach trank Herr Praljak im Gerichtssaal eine Flüssigkeit und wurde schnell krank. Herr Praljak wurde sofort vom Sicherheitspersonal und dem medizinischen Personal des ICTY betreut. Gleichzeitig wurde ein Krankenwagen herbeigerufen. Herr Praljak wurde zur weiteren medizinischen Versorgung in das HMC-Krankenhaus in Den Haag gebracht. Kurz darauf verstarb Herr Praljak. Im Einklang mit den üblichen Verfahren haben die niederländischen Behörden auf Ersuchen des ICTY eine unabhängige Untersuchung eingeleitet".

Der Rest der Erklärung über die Ergebnisse der Untersuchung ist abrufbar unter:

www.icty.org/en/press/statement-on-the-independent-review-regarding-the-passing-of-slobodan-praljak

State of Palestine

Situation in the State of Palestine

ICC-01/18

[Investigation](#)

Israel / Palästina

“Am 1. Januar 2015 gab die Regierung Palästinas eine Erklärung gemäß Artikel 12 Absatz 3 des Römischen Statuts ab, in der sie die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs für mutmaßliche Verbrechen anerkennt, die seit dem 13. Juni 2014 in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem, begangen wurden. Am 2. Januar 2015 ist Palästina dem Römischen Statut beigetreten, indem es seine Beitrittsurkunde beim UN-Generalsekretär hinterlegt hat. Das Römische Statut ist für Palästina am 1. April 2015 in Kraft getreten.

Am 3. März 2021 kündigte der Ankläger die Eröffnung der Ermittlungen zur Lage im Staat Palästina an. Dies geschah im Anschluss an die Entscheidung der Vorverfahrenskammer I vom 5. Februar 2021, dass der Gerichtshof seine strafrechtliche Zuständigkeit in der Situation ausüben kann und dass sich der territoriale Geltungsbereich dieser Zuständigkeit mehrheitlich auf den Gazastreifen und das Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, erstreckt.” (In der jüngeren Vergangenheit gab es weitere Prozesse und Klagen bezüglich der Thematik vor dem Internationalen Strafgerichtshof)



Image: kremlin.ru (2018), Bashar al-Assad, Wikimedia Commons

Text: www.bbc.com/news/world-middle-east-47483714 and

www.aljazeera.com/news/2022/3/18/syrias-assad-visits-uae-in-first-trip-to-arab-state-since-2011

Bashar al-Assad und Syria

Im März 2022 besuchte Syriens Präsident Baschar al-Assad die Vereinigten Arabischen Emirate - sein erster Besuch in einem arabischen Land seit dem Beginn des demokratischen Aufstands im Jahr 2011. Der Besuch war ein klares Signal, dass einige arabische Länder bereit sind, mit Syrien und seinem Präsidenten zusammenzuarbeiten, obwohl das Land nach Ausbruch des Konflikts vor 11 Jahren aus der 22 Mitglieder zählenden Arabischen Liga ausgeschlossen und von seinen Nachbarn boykottiert wurde. Hunderttausende von Menschen wurden getötet, die Hälfte der syrischen Bevölkerung wurde vertrieben und große Teile Syriens wurden durch den Krieg zerstört. Sowohl die arabischen als auch die westlichen Länder machten im Allgemeinen al-Assad für die Proteste verantwortlich, die sich zu einem Bürgerkrieg entwickelten, und unterstützten die Opposition in den ersten Tagen des Konflikts. Darüber hinaus wurde die syrische Regierung von Assad von Menschenrechtsorganisationen wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt.

Da Syrien dem Römischen Statut (dem maßgeblichen Vertrag des IStGH) nicht beigetreten ist, kann der IStGH mutmaßliche Verbrechen, die dort begangen wurden, nur durch eine Überweisung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen untersuchen. 2019 haben Menschenrechtsanwälte im Namen von 28 syrischen Flüchtlingen in Jordanien, die nach eigenen Angaben gezwungen wurden, aus dem Land zu fliehen, die ersten Klagen gegen den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag eingereicht.



Image: KING RODRIGUEZ/Presidential Photo, Wikimedia Commons

Text: www.rappler.com/newsbreak/iq/timeline-international-criminal-court-philippines-rodrido-duterte-drug-war/ and <https://filipino.news/2021/06/15/dutertes-war-on-drugs-under-investigation-by-the-international-criminal-court/>

Rodrigo Duterte und der Rückzug der Philippinen 2019

Am 17. November 2016, einen Monat nachdem die IStGH-Anklägerin Fatou Bensouda erklärt hatte, dass ihr Büro die Vorfälle auf den Philippinen "im Auge" behalte, da die Zahl der Todesopfer bei umstrittenen Drogenkriegseinsätzen vier Monate nach dem Amtsantritt von Rodrigo Duterte weiter ansteigt, drohte der Präsident selbst damit, die Mitgliedschaft der Philippinen im IStGH aufzukündigen. Er bezeichnete den internationalen Gerichtshof als nutzlos und unfähig, kleinen Ländern zu helfen.

Im April 2017 reichte der philippinische Anwalt Jude Sabio beim IStGH eine Mitteilung über den "wiederholten, unveränderlichen und kontinuierlichen" Massenmord auf den Philippinen ein und forderte das Gericht auf, "[Duterte] und seine hochrangigen Regierungsvertreter der Strafkammer zur Verhandlung zu überstellen". Im Februar 2018 kündigte die Anklagebehörde des IStGH die Einleitung einer vorläufigen Untersuchung an, um festzustellen, ob genügend Beweise vorliegen, um zu belegen, dass der Fall in die Zuständigkeit des Gerichts fällt. Mit einem Monat Verspätung, am 14. März, kündigte Duterte an, dass die Philippinen aus dem IStGH austreten werden. In einer schriftlichen Erklärung sagte der Präsident, er ziehe die Ratifizierung des Römischen Statuts mit sofortiger Wirkung zurück". Der Austritt wird ein Jahr später, im Jahr 2019, wirksam.

KONY 2012



THE HAGUE

KONY 2012



THE HAGUE



Image: Uncommon_fritillary, Kony 2012 posters on a Washington, DC, Wikimedia Commons
Text: www.voaafrica.com/a/icc-seeks-kony/6848632.html and
www.cbc.ca/news/world/international-justice-infamous-war-crimes-cases-1.773125#kony

Joseph Kony (Uganda)

1961 -

Joseph Kony und andere Anführer der LRA (Lord's Resistance Army), einer Guerillagruppe, die 1986 einen gewaltsamen Feldzug gegen die ugandische Regierung begann, wurden vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen angeklagt.

Den Rebellen wird unter anderem vorgeworfen, "Zivilisten die Zungen und Lippen abgeschnitten und Tausende von Kindern entführt zu haben, um die Mädchen zu Sexsklaven und die Jungen zu Kindersoldaten zu machen". Kony wurde 2005 in Den Haag angeklagt, ist aber noch auf freiem Fuß.

Mehrere Kampagnen auf der ganzen Welt haben sich für seine Verhaftung und einen Prozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof eingesetzt. Sehen Sie sich Kony 2012 an, einen berühmten Dokumentarfilm, der von Invisible Children mit der Absicht gedreht wurde, den vor dem Internationalen Strafgerichtshof flüchtigen Joseph Kony weltweit bekannt zu machen, unter: www.youtube.com/watch?v=Y4MnpzG5Sqc